

C. 1015000

7.6780⁴⁰

1933.1700

— Fünftehnter Jahrgang. —

Nr. 21.

Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur.

21. Woche für die Zeit vom 18. bis 24. Mai 1906.

Posen, den 29. Mai 1906.

„Preßäußerungen in Sachen des Strazvereins“.

Aus Nr. 116 der Gazeta Toruńska (Thorn)
vom 22. Mai 1906:

Herr, bewahre mich vor Freunden.

So kann die „Straz“ angeichts dessen sagen, was verschiedene Zeitungen aus Anlaß der bekannten Rundschreiben des hochwürdigsten Herrn Erzbischofs von Stabłowski geschrieben haben. Manche Leute schreiben in der Weise, als ob sie die „Straz“ absichtlich kompromittieren und ihr den Stempel einer der Kirche feindlichen Institution aufdrücken wollten, was ihr alle diejenigen Katholiken abspenstig machen würde, denen der Katholizismus nicht eine leere Form, und der kirchliche Gehorsam nicht eine mittelalterliche Überlieferung ist.

Man mußte aber erwarten, daß wenigstens Blätter, die unter dem unmittelbaren Einflusse der „Straz“-Stützen stehen, auf ihr Wohl Rücksicht nehmen und sich in der Diskussion jeglicher Ausfälle enthalten würden.

Indessen was geschieht! Die Posener Praca, die gewissermaßen das halbamtliche Organ der „Straz“ ist, veröffentlicht in ihrer neuesten Nummer ein Gedicht unter dem Titel **„Die Wacht (Straz) und die Wächter“**, in dem der Autor die Kritiker der „Straz“ mit Hunden vergleicht, die einen durch das Dorf gehenden Bettler anbellend und als den schlimmsten der Hunde stellt er die **„Dogge des Pfarrers“** (brytana od plebana) dar, den man mit dem Stocke nicht erreichen könne, weil er sich hinter dem **„Rundschreiben“** verstecke.

Das in der Praca enthaltene Gedicht **„Die Wacht (Straz) und die Wächter“** lautet:

Es geht ein Bettler durchs Dorf — es dämmert schon;

In den Hütten, hinter dem Bretterzaun
Wohnen nicht nur Menschen,
Sondern überall auch mindestens ein Hund.

Obwohl er nun gewöhnlich gemütlich schnarcht,
Bittert er den Bettler schon von weitem,
Und recht schlimm ist es, wenn einer zu bellen beginnt,
Dann bellt ihn gleich das ganze Dorf an!

Der Hund des Schulzen, der wachsamste von allen,
Obwohl lahm und mit gebrochener Pfote,
Bellt zuerst den Bettler an:
Hau, hau und immer wieder da capo.

„Du willst ein Wächter sein? Ich halte hier Wacht!
Hau, hau, ich werde mein Maul nicht schonen
Gegen Bettler, die im Dorfe herumstreifen;
Ich habe eine laute Stimme und scharfe Zähne.“

Dann eilt der andre Hund vom Wojciech hinter ihm her;
Obwohl er etwas fett und schwerhörig ist,
Bellte er, daß das Haus wackelte:
„Hau, ihr Hundevolk, folgt mir, ihr Mordskerls!“

Hau, hau, der Hofhund schließt sich an,
Der Mops verläßt sein warmes Lager,
Mit hau begleitet ihn der Mischling,
Man weiß nicht, wo sie alle herkommen.

Und die ganze Horde von nah und fern
Klagt, ihre Stimme erhebend,
Und der Bettler hält seinen Knüttel fest:
Möge mir nur einer kommen!

Dieses Hundegekläff und der Lärm
War eine rasende Melodie;
Bis schließlich die Dogge vom Pfarrer
Sich streckte — und im Baßtone weiter bellte.

Bei diesem Tone verstummen die Hündchen,
Der Bettler ergriff mit fester Hand seinen knorrigen
Stock:

„Komm du nur her, du gemeiner Rüter,
Ich werde dich schon ordentlich verhaun!“



Schon im Voraus freute er sich auf diese Hiebe,
Doch es kam zu keinem Resultat;
Er konnte sich an der Dogge nicht rächen.
Weil die Dogge — hinter dem **Rundschreiben** stand.

Und der Bettler seufzte, — dieses Seufzen
Braucht keine Kommentare:
Anstatt das Gewissen auf der Wacht (Straz) zu
halten,
Bellen sie die Wacht (Straz) an.

Wenn Du Deinen Weg gehst, Bettler, dann frage
nicht danach,
Ob da jemand bellt, oder ob jemand knurrt;
Dazu sind die Hunde ja da, daß sie bellen dürfen,
Doch Dir genügt es, wenn Du Worte der Ver-
achtung hast!
(Kózeczka. *)

So lesen wir in der Praca, einem Blatte, von
deren 6 Mitbesitzern einer (Abgeordneter Dr. Felix
von Riegolewski aus Posen) stellvertretender Vor-
sitzender des Strazvereins, ein zweiter (Abgeordneter
Dr. Alfred von Chlapowski aus Bonikowo) Starost,
ein dritter, der gleichzeitig Leiter des Verlages ist
(Herr Karl von Kzepecki), an der Spitze der Organi-
sationssektion steht. Der Chefredakteur der Praca
(Herr Agidius Switala) ist Mitglied der Organisations-
sektion.

Wenn ein Organ so hervorragender „Straz“
Stützen **das Oberhaupt einer katholischen
Diözese einen „gemeinen Kötter“** nennt, der
„**ordentlich verhaßen**“ werden muß, so ist es kein
Wunder, daß die geistliche Behörde die Geistlichen dem
Einflusse derartiger Elemente entzieht.

Wir erwarten, daß entweder die Mitbesitzer der
Praca dieses schmachvolle Pasquill verleugnen,
oder aber daß die „Straz“ sich öffentlich von diesen
Herren lossagt.

**Das muß unbedingt und unverzüglich
eintreten.**

Aus Nr. 212 der Slowo Polskie (Lemberg)
vom 15. Mai 1906.

Ein Umschwung im Hauptvorstande der „Straz“.

Den Lesern des Slowo Polskie erschien es vielleicht
merkwürdig, daß wir die Lichtseiten der letzten Erklärung
des Hauptvorstandes der „Straz“, welche die Antwort
auf das erzbischöfliche Rundschreiben enthielt, mit solcher
Freude und Anerkennung hervorgehoben haben. Dieser
oder jener wird vielleicht gesagt haben: „die Erklärung
ist gut verfaßt, aber dies ist nichts außergewöhnliches;
die Gesellschaft hatte doch das Recht, auf eine gute
Fassung der Erklärung zu rechnen!“ Und doch betrachten
wir heute noch unsere Freude als vollständig berech-
tigt. Man kann nicht sagen, daß die „Straz“ oder
vielmehr der Hauptvorstand bisher eine allzu glückliche
Hand gehabt hätte. Im Laufe ihrer halbjährigen
Tätigkeit hatte die „Straz“ tatsächlich eine Reihe
kritischer Augenblicke durchgemacht; ja, es gab sogar
eine Zeit, in welcher von ernstdenkenden Kreisen befürchtet
wurde, daß der Hauptvorstand die „Straz“ auf Ab-

wege führen werde, von welchen niemand und nichts
sie werde retten können.

Wir wollen uns deutlicher ausdrücken: Bekanntlich
trachteten die Gründer der „Straz“ danach, alle natio-
nalen Kräfte zu einer über den politischen Parteien
stehenden Organisation zu vereinigen. Die „Straz“
sollte sich mit kulturellen, wirtschaftlichen und politisch-
rechtlichen Angelegenheiten befassen und die Politik im
wahren Sinne des Wortes vermeiden.

Übereinstimmend mit diesem leitenden Gedanken
reichten die demokratischen und Volkselemente in der
„Straz“ den Konservativen und Versöhnlichen die Hand
zum Frieden, übertrugen ihnen sogar eine ganze Reihe
Ehren- und einflußreicher Ämter. Binnen kurzem gestal-
teten sich die Verhältnisse in dem Hauptvorstande der-
artig, daß den Ton in der „Straz“ tatsächlich eine
Handvoll erzversöhnlicher Mächer angaben. Die Demo-
kraten und Volksparteiler, mit gesellschaftlichen Arbeiten
in anderen Anstalten und Organisationen überbürdet,
wurden gewissermaßen auf den zweiten Platz herunter-
gedrückt. Welches war die Folge dieser Lage?

Wir schrieben bereits im Januar von den ehe-
mals versöhnlichen Elementen, welche die „Straz“
dazu benutzen wollten, um erneut an die Oberfläche zu
gelangen und sich billige Volkstümlichkeit zu gewinnen.
Dies ist die eine Folge, aber nicht die schlimmste.

Hundertmal schlimmer war der unangenehme Ton,
welchen diese Herren eine zeitlang in der „Straz“
anschlugen. Es war dies der Ton der Redensarten,
der Marktschreierei, welcher einer scharfen, aber gerecht-
fertigten Kritik, namentlich im Drendownit, begegnete.
Und auch von diesem unreellen Tone schrieb das
Slowo Polskie schon vor einigen Monaten und warnte
die Gesellschaft im preußischen Antheile, daß sie sich
nicht von leichtfertigen, nur mit schwülstigen Redens-
arten umschweifenden Leuten hypnotisieren lasse. Den
Mitgliedern des Strazvereins wurden goldene Berge
versprochen; natürlich blieb es bei den Versprechungen
und die Folge davon war eine bittere Enttäuschung.

Zu der vorstehend geschilderten Periode der
Phrasologie gehörten die bisherigen Erklärungen des
Hauptvorstandes, welche der „Straz“ tatsächlich keine
Ehre einlegten.

Die letzte Erklärung dagegen ist ein handgreiflicher
Beweis dafür, daß im Hauptvorstande diejenigen
Elemente maßgebend waren, welche wissen, was sie
wollen, welche ehrlich denken und ehrlich arbeiten.
Deshalb legten wir ein solches Gewicht auf das
Erscheinen der Erklärung, welche ausdrücklich den
Übergang des Hauptvorstandes in eine neue Periode
zeigt, in eine Periode des zielbewußten und wackeren
Denkens der „Straz“ — mit Ausschluß von, seien sie
in eine noch so poetische Form gekleideten, Redensarten.

Wir geben uns der festen Hoffnung hin, daß von
nun an ehrlich denkende und arbeitende Leute das
Ruder nicht mehr aus der Hand lassen und trotz der
Überbürdung mit öffentlichen Arbeiten fortwährend auf
das Ansehen und den Charakter der „Straz“ ein
wachjames Auge haben werden.

Gleichzeitig mit der günstigen Umgestaltung der
Verhältnisse inmitten des Hauptvorstandes der „Straz“
streben die einzelnen Sektionen nach einer immer
genaueren Fassung ihres Arbeitsprogramms, sodaß
die „Straz“ auf einen immer sicheren und festeren
Boden gelangt.

Wir bemerkten, daß die längere Zeit hindurch
von einigen Mitgliedern des Hauptvorstandes betriebene
Politik patriotischer Redensarten einer scharfen, aber
gerechtfertigten Kritik eines Theiles der demokratischen
und der Volkspresse begegnete.

*) Pseudonym.

Mit dieser vernünftigen, nach einem ehrlichen öffentlichen Ziele strebenden Politik haben die rohen und unvernünftigen Angriffe gegen die „Straz“, welche mit Vergnügen, ja mit Wollust tagtäglich der Dziennik Poznański unter der berühmten Rubrik „Stimmen aus der Mitte der Bürgerschaft“ veröffentlicht, nichts zu tun. Einer der Berichterstatter des Dziennik vergaloppierte sich bereits so weit, daß er offen die Auflösung des Strazvereins und die Gründung einer neuen „gemäßigten“ Organisation verlangt, welche die Gegner nicht durch ihre schwülstige Bezeichnung „Straz“ herausforderte, sondern diese durch die unschuldigere Firma: „„Spojnia““ (Zusammenschluß) ersetzte“

Das Papier ist geduldig, ungeduldig dagegen sind die Leser.

Die „Straz“ und der Verband deutscher Katholiken.

Eine sehr interessante Nachricht brachte das Zentrumsblatt, die Germania, nämlich, daß die Nationalliberalen die Absicht hatten, im Landtage eine Interpellation, betreffend die angeblich ungleiche Behandlung der deutschen und der polnischen Geistlichen seitens des Herrn Erzbischofs, einzubringen. Es handelte sich um den Befehl, aus dem kassatischen Verbands deutscher-katholischer Vereine auszutreten.

Wir wissen nicht, ob der Herr Erzbischof von der beabsichtigten Interpellation auf vertraulichem Wege Kenntnis erhalten, oder ob er sie mit dem Instinkte eines gewiegten Politikers vorausgesehen hat, genug, daß er schleunigst den polnischen Geistlichen befahl aus der „Straz“ auszutreten.

Die Landtagsinterpellation verlor dem gegenüber ihre Existenzberechtigung.

Die Nachgiebigkeit der geistlichen Behörde der Regierung gegenüber.

Von allen Seiten wird über die Aufhebung des Restes des polnischen Sprach- und Religionsunterrichts in den Volksschulen berichtet. Dies geschieht nicht auf Grund eines neuen allgemeinen Ministerialerlasses, sondern auf Anordnung der unteren Behörden — und zwar allmählich, von Jahr zu Jahr. Das laufende Jahr unterscheidet sich nur dadurch von den vorhergegangenen, daß der Ausrottungsprozeß der polnischen Sprache sich schneller und radikaler entwickelte und daß die Gesellschaft ihm mehr Aufmerksamkeit schenkte.

Die Gesellschaft sagte sich: „wenn die geistliche Behörde soviel Energie bei der Bekämpfung der „Straz“ entwickelte, mag sie ihr Ansehen auch dazu benutzen, um der preussischen Begehrlichkeit gegenüber den Religionsunterricht in der Muttersprache zu schützen.“

Die Presse fing an, sich an den Erzbischof zu wenden, damit er gegen die neuen Bedrückungen in der Volksschule Einspruch erhebe. Der Dziennik Poznański gab der Hoffnung Raum, daß der gute Hirt seine Schäflein nicht verlassen werde.

Indes gibt der gute Hirt kein Lebenszeichen von sich, trotzdem in seiner eigenen Pfarodie (in Kröben) der polnische Religionsunterricht aufgehoben worden ist. Angesichts dessen wird wahrscheinlich eine große katholische Volksversammlung in Posen nächstens stattfinden, welche einerseits einen Protest bei der Regierung erheben, andererseits den Herrn Erzbischof auffordern wird, der polnisch-katholischen Gesellschaft helfend unter die Arme zu greifen. Nach der Posener Hauptversammlung könnten dann einige Kreis- und Ortsversammlungen organisiert werden.

Eine Versammlung der Zentrumsgeistlichen

fand in Kędzierzyn in Oberschlesien statt. Zur öffentlichen Kenntnis gelangte nur das Ergebnis der Beratungen. Die Zentrumsgeistlichkeit erklärte sich gegen die politische Abstinenz und für die Beteiligung an der Politik — natürlich der Zentrumspolitik.

Dieser Beschluß wurde fast gleichzeitig mit dem Erscheinen des erzbischöflichen Schreibens gefaßt, welches die Geistlichen aus dem Strazverein beseitigt. Ein Kommentar ist überflüssig. Zu der Versammlung in Kędzierzyn luden die Zentrumsanhänger die Geistlichen verschiedener politischer Überzeugungen ein. Darunter befand sich auch der bekannte Kasatist, Pfarrer Kassek, sowie der polnische Patriot, Pfarrer Skowronski, von welchem die Zentrumspresse ironisch behauptet, daß er die Stellung eines ausgesprochenen polnischen Nationalen eingenommen habe, wofür der beste Beweis der sei, daß er seine Ansichten über die oberschlesische Sache in polnischer Sprache vorgelesen habe.

Aus Nr. 20 der Gwiazda (Posen-Beuthen D.-S.)

vom 19. Mai 1906:

Betrifft den Verein „Straz“.

In der gegenwärtigen Kritik des Vereins „Straz“ ist man in dem „Wohlvollen“ für diesen Verein entschieden zu weit gegangen, und zwar erstens im Hinblick auf unsere eigene polnische Sache, und zweitens im Hinblick auf unsere Feinde. Wir sprechen und schreiben sehr viel von unserer politischen Aufklärung, leider aber existiert diese Aufklärung im wahren Sinne des Wortes mehr in der Vorstellung der politischen Führer und an den Redaktionstischen, als in der Wirklichkeit.

Nur ein drastisches Beispiel sei angeführt. Derselbe Einfaltspinsel, welcher glaubt, daß der hochwürdigste Herr Erzbischof im Falle eines Kulturkampfes zuerst von der Kirche abfallen würde, muß mit unerbittlicher Konsequenz zu dem Schlusse kommen, daß der Verein „Straz“, der von Anfang an so schreckliche und zahlreiche Mängel aufweist, für ihn nichts sein kann, und, was daraus folgt, er muß sich von ihm lossagen. Eine solche Folgerung in minder aufgeklärten Köpfen einzelner Menschen in der Volksgesamtheit muß unbedingt ein unaufhörliches Gefläß gegen den Verein „Straz“ in den Tagesblättern hervorrufen.

Die Volksgesamtheit stürzte sich mit unerhörter Begeisterung und mit wahrhaft elementarer Kraft scharenweise unter die Fahnen des Vereins „Straz“. Wenn sich diese Begeisterung in den leicht entzündbaren, aber desto leichter sich abkühlenden Gemütern weiter behaupten soll, muß die öffentliche Polemik mit dem Hauptvorstand des Vereins „Straz“ vorläufig, ich wiederhole vorläufig, aufhören.

Wir wollen damit nicht gesagt haben, daß man dem Hauptvorstand die weitere ausschließliche Direktion in der Richtung überlassen müsse, die als nicht entsprechend anerkannt wurde. Keineswegs. Es bleiben aber andere Wege übrig. Im Vorstande sitzen Mitglieder aus verschiedenen Schichten, die verschiedene politische Richtungen vertreten. Weshalb verständigen sich die Reformatoren nicht mit diesen Einzelpersonen, die sicherlich den Mut besitzen werden, in den Sitzungen des Vorstandes mit entsprechenden Vorschlägen hervorzutreten?

Von gewissen Seiten wurde die Befürchtung geäußert, daß im Hauptvorstand eine Überhandnahme des versöhnlich-adeligen Elements bevorsteht. Unseres Erachtens sind diese Befürchtungen hinfällig. Gerade den früheren Versöhnungsparteilern muß daran gelegen sein, durch ihr Verhalten mit Hilfe des Vereins „Straz“ das Vertrauen wieder zu gewinnen, welches sie durch die versöhnliche Politik traurigen Angedenkens eingebüßt haben.

Das von uns empfohlene System der Reform seitens der völkischen Vertreter im Hauptvorstand wäre eine Probe dieses Rechenexempels. Erst wenn sich im Hauptvorstande eine Opposition gegen eine solche stille, vertrauliche und doch ihres Zieles sich bewußte Reform kundgeben würde, müßte dagegen öffentlich mit ganzer Rücksichtslosigkeit vorgegangen werden, denn dann erst würde dem Verein „Straz“ eine ernste Gefahr drohen.

Diese Reform empfiehlt sich nicht nur im Hinblick auf uns, sondern auch im Hinblick auf die Feinde, die jeden unserer Schritte aufmerksam beobachten. Unsere Gegner schütteln sich nicht nur vor Lachen über unsere „Großmann“-Politik, sondern sie sehen uns, was noch schlimmer ist, in die offenen Karten, und sie wissen, wo man mit Erfolg angreifen kann. Eine öffentliche Diskussion hat stets die nachteilige Seite, daß sie nicht nur berufene, mit wirklich kritischem Verstand begabte Kritiker auf den Kampfplatz ruft, sondern auch einzelne Personen, deren Vorschläge nur ein mitleidiges Lächeln zu erwecken imstande sind. Wir sahen z. B. das Projekt, die „Straz“ in eine „Spojnia“ oder „Obrona“ umzuwandeln. Diejenigen, welche diese Einfälle ausgeheckt, glauben, daß eine Änderung des Namens die Teilnahme der Geistlichen an der neuen Organisation ermöglichen wird. Solche in einer vertraulichen Besprechung ausgesprochenen Ansichten rufen eine humorvolle Abwechslung hervor, in den Spalten der Tagesblätter jedoch schaden sie ernstlich unserer Sache. Das muß um jeden Preis vermieden werden.

Indem wir unsere Ausführungen zusammenfassen, wiederholen wir noch einmal kurz, was zu tun ist: Die — vernünftigen — Reformvorschläge, die sich bisher gezeigt haben, sind zu ihrer Durchführung den einzelnen volksparteilich gestimmten Mitgliedern des Hauptvorstandes in dessen Sitzungen zu empfehlen. Mit weiteren Entwürfen ist nach Maßgabe der Anforderungen und der Zeit in der gleichen Weise, aber nicht zu rasch, fortzufahren, damit der Verein „Straz“ mit seiner ausgedehnten Tätigkeit nicht an den eigenen Reformen zugrunde gehe.

Nur ein solches System vermag das schon schwindende Interesse der Gesamtheit am Verein „Straz“ aufzuhalten, sollte aber dieses System fehlschlagen, dann werden sich Zeit und Mittel finden, ein energischeres System ohne Schaden für die ganze Volksgesamtheit anzuwenden.

Aus Nr. 14. der Gazeta Torunska (Thorn)
vom 19. Mai 1906:

Zu dem sozialen Verbandstage in Belslin

Hatten sich am Donnerstag im Saale des Herrn Kozynski gegen 100 Teilnehmer, **überwiegend Geistliche**, Vertreter der Intelligenz und der Grundbesitzer eingefunden. Der Verbandstag nahm einen würdigen Verlauf. Die äußerst belebten Ver-

handlungen arteten nicht einen Augenblick in Polemik aus. Nur für einen Augenblick trat eine ernste Situation ein, als Herr Propst Cyra aus Diczmin nach dem Referat des Herrn Dr. v. Wolszlegier aus Thorn über die Parzellierungs-genossenschaften Klagen der Parzellanten aus Dombrowka, Parochie Diczmin, über die „Spolka Ziemsta“ in Thorn zur Sprache brachte und Herr Dr. v. Wolszlegier Herrn Cyra antwortete; doch dies war kurz vor Schluß der Versammlung.

Das größte Interesse rief die „Strazangelegenheit“ hervor, über die nicht Herr Karl von Rzepecki referiert hat, der ganz gut daran tat, nicht hierherzukommen, sondern der Leiter des Bureaus Herr Dr. Jaworski. Sein sachliches Referat hat den allerbesten Eindruck gemacht und gab von vornherein der Diskussion eine der „Straz“ gegenüber wohlwollende Richtung. Zwar wurde das Gewissen der Leiter der „Straz“ gründlich aufgerüttelt, indem man sie namentlich vor Parteizugriffen und vor Begünstigung einzelner Blätter gewarnt hat, aber grundsätzliche Gegner der „Straz“ waren nicht vertreten.

Zum Schluß ist auf Antrag des Herrn **Propstes Dr. Nelske aus Jordan** folgende Resolution einstimmig angenommen worden:

I.

Die Teilnehmer des IV. sozialen Verbandstages für Westpreußen erkennen an, daß die „Straz“ sich aufrichtig bemüht hat, die begangenen Fehler wieder gutzumachen, sie drücken ihre Zufriedenheit aus über die in den letzten Versammlungen zu Posen von der „Straz“ für die Zukunft beschlossene Art und Weise ihrer Tätigkeit, sie bitten alle Landsleute auf das dringendste der „Straz“ beizutreten und auf das allereifrigste mit ihr zu arbeiten.

II.

Die Teilnehmer des IV. sozialen Verbandstages für Westpreußen erachten als elementarste Existenzbedingung der „Straz“, daß die „Straz“ weder irgend eine politische Partei noch in Folge deren Organe unterstützt.

Auf Antrag des Herrn **Propstes Bolt aus Grebrnik** wurde ebenfalls einstimmig folgende Resolution angenommen:

Der IV. soziale Verbandstag für Westpreußen richtet die dringende Bitte an die „Straz“, die Verkäufer bei jeder sich bietenden Gelegenheit rücksichtslos **als Verräter der vaterländischen Sache** zu brandmarken.

Aus der Diskussion heben wir noch hervor, daß sie einstimmig zum Ausdruck gebracht hat, daß entgegen allen Wünschen die „Straz“ ihren bisherigen Namen behalten müsse, weil es ein gewählter und den Zweck der Institution vortrefflich bezeichnender Name ist. Das vom Hauptvorstande veröffentlichte Reglement für die Sektionen, das den irreleitenden Einfluß der Aufträge der Organisationssektion des Herrn von Rzepecki beseitigt hat und das Ttigkeitfeld der „Straz“ genau begrenzt, hat fast vollständig alle bisherigen Besorgnisse derjenigen zerstreut, die der „Straz“ gegenüber entweder eine kritische oder eine mißtrauische und abwartende Haltung eingenommen haben.

Aus den Blättern der Provinz Posen.

Aus Nr. 119 des Dziennik Poznański (Posen)

Auch ein Rundschreiben.

Unter diesem Titel veröffentlicht der Dziennik Poznański das nachstehende Rundschreiben der geistlichen Behörde der Erzdiözese Gnesen-Posen an die Dekane.

Posen, den 12. Mai 1906.

Im Sinne der hl. Kirche, gemäß den unerschütterlichen Grundsätzen der Pädagogik und in meiner tiefen Überzeugung, daß nur die in der Muttersprache dargebotenen und erklärten hl. Glaubenswahrheiten erfolgreich die Herzen der Jugend erwärmen und veredeln können, habe ich während der Zeit meiner Abgeordnetentätigkeit alle Mühe angewendet, bei der königlichen Regierung dieselbe Überzeugung zu wecken und eine Änderung des damaligen Systems herbeizuführen.

Als ich dann nach Gottes Willen die schweren und verantwortungsvollen Pflichten des Hirten dieser Erzdiözese übernahm, stellte ich mir als eine der ersten und wichtigsten Aufgaben, dafür zu sorgen, daß die Jugend aufs beste erzogen werde, daß die religiösen Kenntnisse unter ihr gefördert und in ihren Herzen die christlichen Tugenden vertieft würden.

Als in derselben Zeit die Verfügungen der staatlichen Behörde auch mit Bezug auf den Religionsunterricht gewisse Erleichterungen brachten, begrüßten wir dieselben mit einer lebhaften Befriedigung und in der Hoffnung, daß die durch die früheren Verfügungen verursachten geistigen Verluste sich durch einen umso eifrigeren Unterricht in der Muttersprache ausgleichen lassen würden.

Leider war unsere Freude nur von kurzer Dauer, denn schon nach einigen Jahren fing man an, die gewährten Erleichterungen aufzuheben.

Und seit dieser Zeit wird die Muttersprache aus dem Religionsunterricht von Jahr zu Jahr immer mehr beseitigt.

Angeichts der Mitteilungen, Beschwerden und Klagen, welche ich auch in diesem Jahre aus zahlreichen Pfarchien zugesandt erhalte, und angesichts der Äußerungen des Mißtrauens und der Beunruhigung, als wenn die geistliche Behörde den Religionsunterricht nicht in Schutz nehme, sondern durch ihr Schweigen sich mit der Beseitigung der Muttersprache aus diesem Unterricht einverstanden erkläre, wünsche ich die ehrwürdige Geistlichkeit über die von mir in dieser Sache unternommenen Schritte zu unterrichten. Ich tue dies zu dem Zwecke, damit die Geistlichkeit, durch ihre Pfarochianen interpelliert, imstande wäre, die unberechtigten und oft in einer unwürdigen Weise auf die geistliche Behörde geschleuderten Vorwürfe zurückzuweisen und damit sie gemeinschaftlich mit den Eltern umso eifriger Mittel zur Beseitigung der Mängel in der religiösen Erziehung der Jugend suche.

Schon im Jahre 1894 habe ich im Kultusministerium meine Ansichten und Befürchtungen wegen der religiösen Zukunft der nicht in der Muttersprache erzogenen Kinder vorgebracht. Ich habe meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß der Religionsunterricht nur dann imstande sei, den Geist zu erleuchten, den Willen anzuspornen und das Herz zu erwärmen, wenn er in der Muttersprache abgehalten werde, d. h. in der Sprache, in welcher sich das Kind mit den Eltern verständige, in welcher es das erste Gebet

spreche, in welcher es das Wort Gottes höre, den Unterricht im Katechismus erhalte und die hl. Beichte ablege.

Ich habe auf die traurigen Erfahrungen hingewiesen, welche ich anlässlich meiner hirtlichen Visitationen sogar an befähigten Kindern gemacht habe, welche aber nicht in der Muttersprache den Religionsunterricht empfangen. Ich habe bei ihnen einen Mangel an Kenntnis und an Verständnis der Glaubenswahrheiten wahrgenommen und in der heranwachsenden Jugend religiöse Gleichgültigkeit und Schwächung der Sitten.

Zu dieser ausführlichen Vorstellung fügte ich die heiße Bitte um Abänderung der bei der Bevölkerung Gefühle der Erbitterung hervorrufenden und dieselbe wegen der religiösen Zukunft ihrer Kinder beunruhigenden Verfügungen.

Seit der Zeit fingen die Klagen der Eltern und Seelsorger an, sich zu mehren. Diese Klagen habe ich, soweit sie an mich gerichtet waren, gestützt durch eigene Wahrnehmungen den entsprechenden Behörden vorgelegt, um dieselben von der Schädlichkeit der Beseitigung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht zu überzeugen. Dennoch blieben alle diese Vorstellungen erfolglos, da die Schulbehörden sich einzig für kompetent erachten, darüber zu entscheiden, in welcher Sprache der Religionsunterricht in der Schule erteilt werden soll.

Die abschlägigen Antworten, welche ich auf meine Eingaben erhalten habe, haben mir jedoch die Hoffnung nicht genommen, daß es mir gelingen werde, die Behörden von meiner unerschütterlichen Überzeugung in dieser Beziehung ebenfalls zu überzeugen. Ich habe also meine Anträge bei jeder Gelegenheit mündlich und schriftlich wiederholt. Im Jahre 1900 habe ich nach fruchtlosen Bemühungen, welche ich bei der Regierung in Posen unternahm, eine Beschwerde bei dem Kultusminister wegen der Beseitigung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht in den Posener Schulen eingebracht, kurze Zeit darauf habe ich am Throne in einer erschöpfenden Zusammenstellung die verderblichen Folgen der Beseitigung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht zur Vorlage gebracht. Ich machte darauf aufmerksam, daß den Nutzen hieraus nur die Elemente des Umsturzes davontragen würden und daß es doch sehr erforderlich sei, in unseren Zeiten der Gleichgültigkeit den Glauben und die guten Sitten zu vertiefen.

Nicht mutlos gemacht durch den ablehnenden Bescheid, legte ich unverweilt eine neue Beschwerde ein gegen die Außerachtlassung der bischöflichen Überzeugungen und Anschauungen in einer Angelegenheit, in welcher ihm — dem Bischof — in erster Linie das Recht zustehen sollte, darüber zu entscheiden, in welcher Weise und in welcher Sprache das Kind am wirksamsten einen so wichtigen und heiligen Unterricht erhalten kann, wie es der Unterricht in den göttlichen Wahrheiten ist. Ich stellte von neuem vor, wie schädlich die Erteilung dieses Unterrichts in einer anderen als der Muttersprache für die ganze religiöse Entwicklung der Seele sein müsse, und ich erklärte, daß ich die Verantwortung für die spätere Gleichgültigkeit im Glauben und für die daraus resultierenden Folgen nicht tragen würde.

Als im Jahre 1901 in der Landtagsitzung vom Ministerische her in Beantwortung der Klagen des Abg. Pfarrers v. Jazdzewski zu verstehen gegeben wurde, ich hätte gegen die Beseitigung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht nicht protestiert, da machte ich sofort darauf aufmerksam, daß eine solche Behauptung mit den von mir getanen Schritten nicht übereinstimme. Eine einschlägige Berichtigung und Genugtuung erschien dann in den öffentlichen Blättern.

Zu Beginn des folgenden Jahres ersuchte ich die staatliche Behörde zweimal um Aufhebung der erlassenen Verfügungen. Kurz nachher machte ich wiederum von der wachsenden Erbitterung der Bevölkerung Mitteilung, die sich auch gegen mich richtete in der Annahme, ich hätte die Rechte der Kirche und der Eltern auf die Muttersprache im Religionsunterricht ihrer Kinder nicht verteidigt. Ich erklärte sodann, ich werde gern diese unbillige Anschuldigung ertragen und meine Person zum Opfer bringen, sofern ich nur auf irgendwelche Weise die Berücksichtigung meiner sowie der gesamten Bevölkerung zum Ausdruck gebrachten Überzeugungen erwirken könnte.

Eine in der Folge an den Reichskanzler gerichtete Denkschrift hatte ebenfalls die erhoffte Wirkung nicht. Als mir die Nachricht über die Auslegung des „Imprimatur“ zugeing, als bedeute es die Zustimmung der geistlichen Behörde zum Religionsunterricht in der deutschen Sprache, da legte ich unverweilt gegen eine derartige Auslegung Verwahrung ein.

Der unglückliche Vorfall, der sich i. J. in Breschen zutrug, gab mir von neuem Anlaß, den staatlichen Behörden meine Vorstellungen und die ernstesten Warnungen zu senden. Ebenso bewog mich der wegen Züchtigung eines Kindes in Orzanowo bei Labischin angestrengte Prozeß dringend, um eine Änderung des Systems nachzusehen, dem so schmerzliche Folgen zugeschrieben würden.

Ich sandte der Regierung auch ein ganzes Verzeichnis der Schulen, in denen der Religionsunterricht für die polnischen Kinder in deutscher Sprache eingeführt worden war, ohne daß die Diözesanbehörde befragt, ja sogar ohne daß ihr davon Mitteilung gemacht worden wäre. Einige Tage später protestierte ich gegen das Zwingen zum Hersprechen des Gebets in einer anderen als der Muttersprache.

Jede weitere Beseitigung der Muttersprache aus dem Religionsunterricht, sowie die von den Eltern in dieser Hinsicht erhobenen Klagen boten mir stets Anlaß, bei den Staatsbehörden vorstellig zu werden.

Sobald in neuester Zeit eine Mitteilung an mich gelangte, legte ich mehrfach entschieden Beschwerde ein gegen die Verwendung der deutschen Sprache sowohl im Religionsunterricht als auch im Schulgebet polnischer Kinder. Ich versetzte auch nicht, die Schwierigkeiten und die unglücklichen Verhältnisse, in denen unsere Erzdiözesen versunken sind, dem hl. Stuhl vorzustellen, sodaß ich in meinem Gewissen und vor Gott darüber beruhigt bin, daß ich meine Hirtenpflicht, die meiner Hut anvertrauten Seelen zu retten, voll und ganz erfüllt habe.

Ohne jedoch auf noch weitere Schritte zu verzichten und ohne den Bestrebungen der Seelsorger und Eltern, die in erlaubter und geziemender Weise eine Änderung der Anschauungen der Schulbehörden herbeizuführen suchen, einen Damm entgegenzusetzen, wende ich mich an meine hochwürdige Geistlichkeit mit der heißen Bitte, daß sie mit verdoppeltem Eifer die Vertiefung der Glaubenswahrheiten und der religiösen Gefühle in den Herzen der Jugend zu erreichen trachte; namentlich bei dem Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten und im Katechismusunterricht, welche ich hauptsächlich empfehle, gebührt es, in den jugendlichen Herzen Anhänglichkeit zum hl. Glauben zu erwecken und Achtung vor dessen Grundsätzen und Geboten. Denken wir daran, daß Gott in erster Reihe die Seelen seines uns anvertrauten Schafstalles aus unseren Händen fordern wird. Und nur dann werden wir vor dem Gerichte Gottes bestehen können, wenn wir alles daran setzen und alle uns zu Gebote stehenden

Mittel anwenden werden, um diese Seelen in der Treue zu Gott zu erhalten. Da der Kirche das Recht an die Schule abgesprochen wird, welche letztere immer mehr dem Einflusse der Kirche entzogen wird, da alle Bitten und Vorstellungen sei es der kirchlichen Behörde oder der Eltern, oder auch der katholischen Abgeordneten, da die Stimmen der gesamten katholischen Presse und der hervorragendsten Männer auf dem Gebiete der Pädagogik keine Berücksichtigung finden, so gebührt es, die geistigen Mängel, welche aus einer solchen Sachlage erwachsen können, in dem Vorbereitungsunterricht zu den hl. Sakramenten, in den Bruderschaften und katholischen Vereinen zu beseitigen.

Die ehrwürdigen Dekane belieben obiges Rundschreiben in der diesjährigen Dekan-Kongregation vorzulesen und dann den Dekanats-Äkten einzuverleiben.

Der Erzbischof von Gnesen und Posen

J. B.:

Bischof Lefkowski

Geistl. Lukomski.

Aus Nr. 110 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 15. Mai 1906:

Verteidigen wir uns selbst!

Wenn der verwundete Führer an dem Kampfe nicht teilnehmen kann, dann wehren sich mutige Soldaten allein weiter, und sie tragen durch Mannhaftigkeit, Umsicht und Ausdauer manchmal den Sieg über den Feind davon.

Unter solchen Verhältnissen befinden auch wir uns gegenwärtig. Unser geistlicher Führer liegt schwer krank darnieder, er kann nicht so, wie er es möchte, persönlich in dem ehrenvollen Kampfe um die heiligsten Güter der Führer sein; verteidigen wir uns daher selbst mannhaft in geschlossener Reihe, uns gegenseitig Mut und Beistand gegen die Feinde bietend, die immer ärger auf uns eindringen.

Haben wir denn ihre Durchtriebenheit noch nicht erkannt? Sie sagen, sie dächten nicht daran, uns den hl. Glauben oder unsere Nationalität zu nehmen, — aber weshalb schwächen sie dieselbe, indem sie die Muttersprache sogar für den Religionsunterricht verwehren? Einst hat der Erlöser gesagt: Hütet Euch vor den falschen Propheten, die in Schafskleidern zu Euch kommen, innen aber sind sie reizende Wölfe! An ihren Früchten, d. i. Taten, werdet Ihr sie erkennen!

Nun, wir sehen ihre Früchte, wir sehen mit Schrecken die gräßlichen, von ihnen gelegten Breschen, wir hören ihre unablässigen Aufforderungen zum weiteren Kampfe, um uns völlig auszurotten.

Und angesichts einer solchen Gefahr werden wir uns gegenseitig verdächtigen, beschuldigen und zanken? Werden wir in den Herzen Kränkungen und Zorn aufrechterhalten, statt uns gegenseitig christlich zu verzeihen? Werden wir aus beleidigtem Stolz oder aus Neid uns von dem gemeinsamen Kampfe fernhalten wie Achilles bei Troja, der die von den Feinden ringsumher angerichtete Verheerung gleichgültig ansah und erst dann zur Waffe griff, als der Feind ihm das Feuerste erschlagen hatte? Was ist uns nächst Gott das Feuerste? Doch das Vaterland! Und die Zukunft des Vaterlandes sind

unsere Kinder. Werden wir nicht schützend für sie eintreten? Werden wir ihre Herzen wahren und ihre Seelen erschlagen lassen? Hören wir endlich auf, uns um Titel, um die ersten Stellen zu streiten! Greifen wir statt hochtönenden Phrasen zu Taten, nicht zu lärmenden, sondern zu wirksamen!

Aus wievielen Schulen ist der polnische Schreib- und Leseunterricht hinausgeworfen worden! In wieviel Abteilungen hat man eigenmächtig das deutsche Gebet und die deutsche Religion eingeführt? Wir aber sehen uns unausgesetzt nach unserm geistlichen Führer um, der doch schwer krank ist! Ihm lasten wir die ganze Schuld und die Verantwortung auf! Von ihm fordern wir, daß er für uns kämpfe. Er soll uns mit seiner schmerzenden Brust verteidigen, während wir bequem, tatenlos und hinter seinem Rücken uns verbergen! Geziemt dies tapferen Soldaten? Sollten wir nicht vielmehr mit unseren Brüsten unsern Führer schützen, um ihn vor weiteren Geschossen der Feinde zu bewahren?

Auf mithin, zu mannhafter, kluger und ausdauernder Verteidigung! Wir haben uns bereits hinlänglich davon überzeugt, daß alle an jedwede Instanzen gerichteten Petitionen, Beschwerden und Proteste keinen Erfolg haben. Es bleibt uns mithin nur ein einziges legales Mittel, und das ist der ruhige und beharrliche passive Widerstand, d. h.: Senden wir unsere Kinder nicht in den deutschen Religionsunterricht!

Das Allgemeine Landrecht besagt, daß jeder Einwohner, welcher den nötigen Unterricht für seine Kinder in seinem Hause nicht besorgen kann oder will, schuldig ist, die Kinder nach vollendetem fünften Jahre in die Schule zu schicken.

Dies bezieht sich auf alle Gegenstände, mithin auch auf den Religionsunterricht, daher ist auch der, welcher seine Kinder in seinem Hause in der Religion nicht unterrichten kann oder will, verpflichtet, sie in die Schule zu schicken. Wer dagegen seine Kinder in seinem Hause unterrichten kann oder will, der braucht sie nicht zum Religionsunterricht in die Schule zu schicken.

Von diesem Landrecht sollten alle Eltern Gebrauch machen, deren Kinder man den muttersprachlichen Unterricht in der hl. Religion genommen hat. Was die unreife Frucht für den Körper der Kinder ist, das ist unverständliche Religion für ihre Seele. Wie die Eltern nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, die Kinder vor unreifen Früchten zu bewahren, die ihre Gesundheit und ihr Leben schädigen, ebenso haben die Eltern in höherem Grade das Recht und die Pflicht, die Kinder vor unreifer, ihren Seelen schädlicher Frucht, d. i. vor einer unverständlichen Religion zu bewahren.

Wie niemand die Eltern zwingen kann, jemandem zu gestatten, die Gesundheit der Kinder durch unreife Frucht zu schädigen, ebenso hat niemand das Recht, die Eltern zu zwingen, daß sie die Seelen der Kinder durch unverständliche Religion zu vergiften gestatten. Zu germanisatorischen Experimenten können die weltlichen Unterrichtsgegenstände dienen, es darf aber zu diesem Zwecke nicht die hl. Religion profaniert werden. Wenn die Juden für ihre Kinder einen Dispens vom Schreiben für alle Sonnabende erwirkt haben und die Schulpläne überall so eingerichtet sind, daß die jüdischen Kinder ihre mosaischen Vorschriften nicht zu überschreiten brauchen, so müssen auch wir polnischen Katholiken eine derartige Berücksichtigung für unsere Kinder fordern, und wir müssen, sobald man ihnen Reli-

gionsunterricht nicht in der Muttersprache erteilen will, Dispens oder Befreiung vom schulgemäßen deutschen Religionsunterricht fordern, damit unsere Kinder nicht infolge falscher religiöser Auffassungen die göttlichen und kirchlichen Gesetze überschreiten.

Zu diesem Zwecke mögen die Eltern und Vormünder in allen Schulen, in denen deutsche Religion für polnische Kinder eingeführt ist, eine gemeinsame schriftliche Erklärung folgenden Wortlauts einbringen:

PP.

Mit Rücksicht auf § 43 des Allgemeinen Landrechts Teil II Tit. 12, welcher besagt, daß nur derjenige „Einwohner, welcher den nötigen Unterricht für seine Kinder in seinem Hause nicht besorgen kann oder will, schuldig ist, dieselben nach zurückgelegtem fünften Jahre zur Schule zu schicken“, erklären wir Unterzeichnete hiermit ergebenst, daß wir den nötigen Religionsunterricht für unsere Kinder in unserem Hause besorgen wollen, und ersuchen daher Ew. Wohlgeboren, unsere Kinder vom Religionsunterricht zu dispensieren.

(Unterschriften.)

Die Kinder sind ein Schatz, den Gott den Eltern anvertraut hat. Mögen mithin die Eltern zeigen, daß sie diesen Schatz zu verteidigen wissen.

Dr. L.

Aus Nr. 114 des Lech (Gnesen)

vom 20. Mai 1906:

Die Kolonisten und das Polentum.

Viel Blut hat s. B. den wahren Preußen das Vorkommnis verdorben, daß ein Ansiedler sich vor einem höheren Beamten gerühmt hat, daß er bereits etwas polnisch verstehe und hoffe, daß er bald werde gut sprechen können. Dieses Vorkommnis erinnert an das kürzliche Verhalten eines gewissen Ansiedlers in Gnesen. Der Ansiedler betrat das Geschäftslokal eines polnischen Kaufmanns mit dem polnischen Gruße „Niech będzie pochwalony Jezus Chrystus“ (Gelobt sei Jesus Christus). Diese Worte im Munde eines Mannes mit der Sakemütze auf dem Kopfe versetzte den Kaufmann in Erstaunen. Auf die Frage, wer er eigentlich sei, erwiderte der Ansiedler, daß er aus Deutschland stamme und von der Ansiedelungskommission hierher gebracht worden sei. Hier unter dem polnischen Volke habe er polnisch gelernt, und er spreche auch so, „weil das leichter sei“ — fügte der Ansiedler hinzu.

Aus Nr. 19 der Praca (Posen)

vom 13. Mai 1906:

In Sachen der Germanisierung von Pilehne erhielten wir s. Zt. aus Pilehne eine Korrespondenz, in welcher dem Geistlichen Kruska der schwere Vorwurf gemacht wurde, daß er angeblich während des Kulturkampfes zur Germanisierung beigetragen haben soll.

Unser Blatt hat diese Nachricht im Glauben und Vertrauen zu dem Korrespondenten resp. Informator veröffentlicht. Leider kommt es oft vor, daß diese Informatoren — abgesehen davon, ob dies aus böser oder guter Absicht geschieht — das Blatt schlecht informieren. Dasselbe geschah auch in diesem Falle. Schon in der vorigen Nummer waren wir gezwungen, eine Berichtigung der geradezu ungeheuerlichen Nachricht über die Germanisierung von Zilehne durch den Geistlichen Kruszką, welcher sich während des Kulturkampfes dort aufgehalten hat, einzurücken. Heute erhalten wir von demselben Geistlichen Kruszką, welcher, wie es sich herausstellt, zu jener Zeit allein in Zilehne war, eine Widerlegung dessen, was man uns mitteilte. Der ehrwürdige Kaplan schrieb seine Berichtigung mit zitternder Hand nach langem Unwohlsein. Sein Schreiben teilen wir nicht nur aus Pflicht mit, sondern auch als Beispiel für die jüngere geistliche Bruderschaft. Es lautet wie folgt:

Ostrowite prym., den 8. Mai 1906.

Geehrter Herr Redakteur!

Nachdem ich mich nach einer vielwöchentlichen schweren Krankheit erhoben habe, erhielt ich heute die mir von einer freundschaftlichen Hand zugesandten letzten Nummern der Praca mit dem Hinweis darauf, daß ein gewisser Geistlicher Kruszką das polnische Volk in Zilehne germanisiert und sogar hier s. Bt. Freimaurer-Broschüren verteilt haben soll. Schon der letzte Satz mußte die Aufmerksamkeit der geehrten Redaktion darauf gelenkt haben, daß dies nicht die Wahrheit sein kann, daß es eine wahrhaft tartarische Nachricht sei. Vom 1. April 1870 bis 1. Juli 1873 war ich in Zilehne ein Jahr als Vikar und durch 2 $\frac{1}{4}$ Jahre als Administrator derselben Pfarodie angestellt und hatte zur Hilfe die ehrenwerten Vikare Theodor Wenzel, gegenwärtig Propst in Czaplina, dann den verstorbenen Scholz und schließlich den verstorbenen Geistlichen Johann Radziejewski, welcher vor einem Jahre als verdienstvoller Propst in Chicago gestorben ist. Diese Mitteilung, daß der Geistliche Kruszką germanisiert habe, wird niemanden mehr verwundern als die Parochianen von Zilehne — na! und die preussische Regierung. Aber meine parochiale und nationale Tätigkeit brauche ich niemandem Rechenschaft abzulegen, denn die ist doch hoffentlich bekannt. In Zilehne war kein anderer Geistlicher, welcher den Namen Kruszką oder einen ähnlichen Namen führte und mein Bruder, der Geistliche Wenzel Kruszką, der bekannte Delegierte der amerikanischen Polonia zum Papst war in Zilehne am Gymnasium in der Sexta und der Quinta, dann am Gymnasium in Wągrowitz, und die theologischen Studien machte er während 10 Jahren bei den Jesuiten und in Rom, von wo aus er direkt nach Amerika übersiedelte.

Die Verwunderung darüber, daß Zilehne sich erst jetzt zu verdeutschen anfangt, beruht auf völliger Unkenntnis der Sache. Als Stadt hat sich Zilehne schon seit lange her verdeutscht, dies hat am Anfange des Jahres 1873 Dr. Kusztelan in zwei umfangreichen mit meiner Hilfe abgefaßten Artikel, welche, soviel ich mich entsinnen kann, im Drendownik veröffentlicht wurden, bewiesen. Als ich im Jahre 1870 nach Zilehne kam, habe ich in der ersten Klasse kaum 2 polnische Kinder vorgefunden, die Eltern sprachen damals mit einander polnisch und mit den eigenen Kindern deutsch. Wir bemühten uns (ich, Dr. Kusztelan, der Lehrer Rozdzinski

usw.) sie mit allen Mitteln vor der Germanisierung zu retten. Mit Hilfe des verstorbenen Geistlichen Bazynski gründete ich eine Volksbibliothek, ich begab mich zu Herrn Dr. Szymanski, dem Redakteur des Drendownik, mit der Bitte, verschiedenen Bürgern dieses Blatt zu senden. Die Redaktion lieferte ein Vierteljahr hindurch 25 Bürgern unentgeltlich ihr Blatt.

Als Lokal-Schulinspektor nutzte ich die damalige Regierungsverfügung aus, daß in jeder Schule und wenn sie auch nur zwei polnische Kinder besuchen sollten, der Lehrer verpflichtet sei, den Kindern 2 mal wöchentlich polnischen Unterricht zu erteilen, und ich stellte bei der Regierung den Antrag, dem Lehrer dies anzubefehlen, welcher, obgleich er Pole war, dieses vernachlässigte, was auch wirklich geschehen ist. Dafür fiel ich auch als erstes Opfer des Gesetzes vom Jahre 1872, betreffend die Schulinspektion im preussischen Staate, und die Gründung der Bibliothek brachte mir 2 Monate Gefängnis ein für Majestätsbeleidigung und 6 Wochen für ein Vergehen gegen § 131 Störung der öffentlichen Ordnung, was durch den preussischen Staatsanwalt aus den Büchern „Stary Bóg“ und Kienia albo krzyż („Der Alte Gott“ und „Kelle oder Kreuz“) herausgefunden wurde. Schließlich muß ich noch hinzufügen, daß keiner von den früheren Vikaren germanisiert hat, denn sie waren vom ganzen Herzen Polen, sogar der „berühmte“ Geistliche Kubezak wollte als Vikar in Zilehne mit den Kirchenbüchern diejenigen schlagen, welche in der Nähe der Kirche deutsch sprechen würden. Von den Geistlichen, die in Zilehne tätig waren, ist während des Kulturkampfes nur der verstorbene ehrwürdige und brave Geistliche Johann Radziejewski, ein mit Leib und Seele echt katholischer Pole, nach Amerika ausgewandert.

Ich muß noch bemerken, daß es jemanden gibt (eine oder mehrere Personen), der alle Mittel anwendet, um uns Geistlichen Kruszką in den Augen des Publikums zu verunglimpfen. Zuerst wurde im Dziennik Poznański gegen meinen Bruder, den Geistlichen Kruszką, eine Verleumdung geschleudert, daß er angeblich heimlich aus Amerika in die europäischen Blätter Korrespondenzen gegen den Erzbischof Simon langiert. Dies hat der Erzbischof Simon in einem öffentlichen Schreiben bestritten, jetzt verwendet man die Praca, um uns auf andere Weise zu verleumden.

Hochachtungsvoll

Sz. Kruszką, Propst.

Aus Nr. 111 des Dziennik Poznański (Posen)
vom 16. Mai:

Attentat auf die Namen polnischer Parochien.

In Nr. 91 des Dziennik Rujawski hat ein interessierter Geistlicher eine Tatsache von großer Tragweite angeführt, welche der größte Teil unserer Presse mit Stillschweigen übergangen hat. Und es ist das eine so wichtige Sache, daß man sie nicht ad acta legen darf. Ich erwartete, es werde jemand antworten und seine Ansicht in diesem Falle sagen, die auch mich sehr angeht, denn das gleiche betrifft auch meine Parochie. Die Sache ist folgende:

Die geistliche Behörde hat bereits im vorigen Jahre verfügt, daß die Kirchenvorstände bei ihren Amtsgerichten den Antrag auf Anlegung von

Grundbuchblättern für alle Pfarreigrunderstücke stellen sollten. Mir scheint, daß der größere Teil der Gerichte jenem Antrage entsprochen hat, denn fast niemand hat sich über einen ablehnenden Bescheid beschwert. Gleichwohl sind Ausnahmen vorgekommen, die zwar selten sind, aber ein grelles Licht auf das System werfen, das aus diesen Ausnahmen eine Regel zu machen beabsichtigt.

Auf den Antrag des Kirchenvorstandes A. um Anlegung von Grundbuchblättern hat das Amtsgericht wie folgt geantwortet:

„Der Antrag . . . wird abgelehnt, da er nicht vom Kirchenvorstand von B., sondern ausweislich des Siegels vom Kirchenvorstand der katholischen Kirche zu A. gestellt ist, der Kirchenvorstand der katholischen Kirche zu A. zur Führung dieses Siegels nicht berechtigt ist.“

Ich mache darauf aufmerksam, daß das Kirchdorf A. vor einigen Jahrzehnten auf den Wunsch des örtlichen Gutsbesizers in B. umgewandelt wurde, daß man dem Gut mit der Parochialkirche, von welcher die ganze Parochie ihren Namen her hat, einen rein deutschen Namen gegeben hat, wie dies jetzt praktiziert wird. Der Kirchenvorstand wandte sich in dieser Sache an das Landgericht. Jedoch war aus dem Ergebnis des Prozesses auf keine Weise zu schließen, welcher Seite das Landgericht recht gab. Da wandte man sich auf den Rat eines Anwalts nochmals an das Amtsgericht, indem man die Anlegung von Grundbuchblättern ausdrücklich für die Parochie A. forderte.

Das Amtsgericht wies den Antrag des Vorstandes zum zweiten Male ab, indem es seinen ablehnenden Bescheid wie folgt begründet:

„Die katholische Kirchengemeinde zu B. führt ihren Namen nach dem Orte ihres Sitzes. Nachdem der Name der politischen Gemeinde A. in B. umgewandelt ist, hat sie fortan den Namen: „katholische Kirchengemeinde bezw. Pfarrgemeinde zu B.“ zu führen. Diese Bezeichnung muß auch in den von ihr geführten Stempel aufgenommen werden. Es soll nicht verkannt werden, daß einzelne Kirchengemeinden einen besonderen, von dem Namen der politischen abweichenden Namen führen. Dies ist jedoch nur dann der Fall, wenn dieser Name von vornherein von dem Namen der politischen Gemeinde abweicht, trifft also für die kathol. Pfarrgemeinde zu B. nicht zu. Daß die kathol. Kirche zu B. diesen Namen und nicht den Namen A. zu führen hat, geht hervor aus der Bekanntmachung des Königl. Kommissarius für die erzbischöfliche Vermögensverwaltung der Diözese Gnesen vom 27. Juli 1876 (Amtsblatt 1876 Seite 334) und der Auskunft der königlichen Regierung zu Bromberg vom 6. Februar 1906, aus dem Besigattest des Königl. Landratsamtes zu Sch. vom 6. November 1905 und aus den von der Antragstellerin überreichten Auszügen des Katasteramtes. Demnach kann einem Antrage nur dann stattgegeben werden, wenn sich Antragstellerin des ihr zukommenden Namens und Stempels bedient. Eine Pfarre A. gibt es nicht. Selbst wenn die Kirchengemeinde den Namen A. führen sollte, so würde trotzdem die Pfarre zur Führung dieses Namens nicht berechtigt sein; diese müßte sich vielmehr auch dann als „Pfarre zu B.“ bezeichnen.“

Soweit das Urteil des Amtsgerichts. Sollte es in der Tat sich so verhalten, daß die weltlichen Behörden, ohne Jemanden zu fragen, den Parochien andre Namen aufdrängen würden, dann würden wir es erleben, daß unsre katholische Kirche zum Lakaien herabgewürdigt würde, dem der Herr nach

seinem Gutsdünken das Kleid, ja sogar den Namen zu wechseln anbefiehlt.

Die geistliche Behörde (das hochl. Gnesener Konsistorium, 9. I. 1894) hat in dieser Angelegenheit bereits das Wort genommen. Als einer meiner Vorgänger im Propstamte in seinen an die Königl. Regierung in Bromberg gerichteten Korrespondenzen unausgesezt den Namen der polnischen Parochie A. anwandte, nicht den deutschen Namen B., beschwerte sich der Regierungspräsident über ihn beim Gnesener Konsistorium. Darauf antwortete letzteres:

„Ew. Hochwohlgeboren erwidern wir auf das aeßl. Schreiben vom 21. November v. Js. Nr. 2581 C. I a sehr ergebenst, daß wir Bedenken tragen müssen, Euer Hochwohlgeboren Wünsche nachzukommen und dem Pfarrverweiser in B. die Anwendung dieses Namens an Stelle der früheren Benennung A. in Bezug auf die dortige Pfarre aufzugeben. Wir sind nämlich der Ansicht, daß, da die Parochie A. nicht einen Teil einer gewissen Gemeinde bildet, im Gegenteil erstere mehrere Gemeinden in sich faßt, es nicht gerechtfertigt erscheint, daß die ganze Parochie nach Gutsdünken des Eigentümers des diesbezüglichen Gutes auch ihre altertümliche Benennung, sowie ihre Kirchenbücher zu ändern habe. Es sei uns erlaubt, hierbei hervorzuheben, daß man seiner Zeit den Vorstand der katholischen Kirche zu A. eifrig zu bestimmen versuchte, daß auch der Vorstand dem Antrage auf Änderung der Benennung „A.“ beitrete. Als aber dieser Versuch fruchtlos gewesen, stellte der Herr Gutsbesitzer den diesbezüglichen Antrag seinerseits allein, ohne zu erwähnen, daß die Benennung „A.“ nicht nur dem Gute allein, sondern auch einem weiteren Umkreise, nämlich der ganzen Parochie zustehe. Bei so bewandten Umständen glauben wir, daß die Benennung „B.“ auf das diesbezügliche Rittergut zu beschränken und nicht auf die ganze Parochie auszudehnen sei.“

Seit jener Zeit hat man den Kirchenvorstand nicht mehr beunruhigt. Er verwandte für alle Beschlüsse sein Siegel mit dem alten Namen der Parochie. Da mit einem Male diese Überraschung und diese neuen Versuche.

Ziehen wir z. B. die letzte „Taufe“ des uralten Inowrazlaw in das moderne „Hohensalza“ in Erwägung. Die Stadtverordneten — Deutsche nebst Juden — vollzogen diese Taufe. Als es sich jedoch um die Änderung des Kreisnamens handelte, war hierzu eine besondere Kabinettsordre aus Berlin erforderlich.

Liegt nicht eine nahe Analogie mit der Umtaufung des Kirchdorfs A. in B. vor, welche „Taufe“ die weltlichen Behörden auf die ganze Parochie auszudehnen beabsichtigen? Das Dorf B. ist nicht dasselbe wie die Parochie A., das Areal beider ist verschieden, andre Faktoren walten in beiden.

Ich schließe diese meine umfangreiche Korrespondenz mit der an die juristische Sektion des Strazvereins gerichteten Bitte, sich dieser sowohl für die Kirche als auch für unsre Volksgesamtheit wichtigen Sache anzunehmen. Mit Schweigen kann sie nicht übergangen werden. Früher oder später werden die Behörden sich versucht fühlen, aus unserm Landesteil alles auszurotten, was an unsere Vergangenheit erinnert. Eine legale Verteidigung ist mithin an der Zeit. Mit neuen Namen von Parochien kann man sich nicht einverstanden erklären; denn das ist ein gefährlicher Schritt, welcher mit dem Fall in einen Abgrund droht, aus dem nach oben zu kommen nicht so leicht sein wird.

Aus Nr. 112 des Lech (Gnesen)

vom 18. Mai 1906:

Niechanowo.

Der hiesige Lehrer Herr Malenda erhielt vor kurzem von der Regierung eine Gratifikation von 100 Mark dafür, daß er unseren Kindern das Deutschtum tüchtig einflößt. Wir sind dem Herrn Lehrer für seine Bemühungen dankbar, denn selbst das Deutschtum ist unseren Kindern nötig. Doch was zu viel ist, das ist ungesund, und wir bitten unseren Herrn Lehrer, in Zukunft nicht etwa noch eifriger zu sein, wenngleich ihm die Regierung dafür vielleicht noch einmal 100 Mark geben sollte.

So sehr wir dem Herrn Lehrer für seinen Eifer beim Unterricht in der deutschen Sprache dankbar sind, hat uns doch sein Verhalten gegenüber der polnischen Sprache erbittert. Wir haben erfahren, daß Herr Lehrer Malenda im Kassieren der polnischen Sprache eifriger ist als selbst der preußische Minister. Die Eingaben der Eltern wegen des polnischen Unterrichts hat er erst gar nicht an den Schulinspektor abgesandt. Woher diese Eigenmacht? Doch nur in Rußland, und zwar früher, hatten die Beamten den Mut, die Bitten und Eingaben höheren Personen nicht zu übergeben. Wenn Herr Malenda auch wüßte, daß der Schulinspektor Herr Bismarck auf die Eingaben der Eltern pfeifen wird, wie er das bis jetzt tut, so war es doch seine Pflicht, unsere Bitten weiter zu befördern. Gegen das Zurückhalten unserer Eingaben protestieren wir entschieden und versichern dem Herrn Malenda, daß wir uns auch gegen alle seine Versuche unseren Kindern gegenüber wehren werden. Vorwärts also, Niechanowoer Parochianen, zum Proteste und zur Verteidigung!

Aus Nr. 116 des Postep (Posen)

vom 22. Mai 1906:

Betrifft Versammlung in Schulangelegenheiten.

Wir erfahren, daß in Posen eine große Versammlung in Schulangelegenheiten, und namentlich in Sachen der in letzter Zeit in vielen Schulen erfolgten Beseitigung der Reste des polnischen Sprachunterrichts beim polnischen Religionsunterricht veranstaltet werden soll. Es hat sich bereits eine engere Kommission gebildet, die sich mit der Kooptation vieler hervorragenderer Persönlichkeiten und mit der Durchführung der ganzen Versammlung befassen soll. Daß eine solche große Versammlung in der Schulangelegenheit am Platze ist, darüber ist man sich einig. Es gilt nur, eine solche Versammlung möglichst bald zu veranstalten.

Aus Nr. 112 des Oredownik (Posen)

vom 17. Mai 1906:

Der Religionsunterricht in den Schulen.

Im Dziennik Poznański ist ein Artikel erschienen, in welchem mit Rücksicht darauf, daß der Erzbischof „schwerkrank darniederliege“, geraten wird, die Volksgesamtheit solle sich selbst der Verteidigung des polnischen Religionsunterrichts annehmen. Es wird auch geraten, die Eltern und Vormünder sollten unter Berufung auf das preußische Allg. Landrecht bei der Regierung den Antrag auf Befreiung vom schulpflichtmäßigen Religionsunterricht

stellen, da sie die Kinder im eigenen Hause in der Religion unterrichten wollten. Darauf antworten wir was folgt: Nach Artikel 24 der preußischen Verfassung steht beiden christlichen Kirchen, also der katholischen und der evangelischen das Recht der Leitung des Religionsunterrichts in den Volksschulen zu. „Die schwere Krankheit“ des regierenden Erzbischofs beraubt mithin in diesem Falle die geistliche Behörde unserer Erzdiözese nicht des obigen verfassungsmäßigen Rechts, noch befreit sie diese Behörde von der aus diesem Rechte für sie resultierenden Pflicht.

Darum ist die Ausführung des Dziennik Poznański, daß die weltliche Gesamtheit, da der Erzbischof krank sei, die Sorge dafür tragen sollte, was in der Volksschule mit dem Religionsunterricht der Kinder geschieht, nicht begründet. Die weltliche Gesamtheit muß sich offenbar beileidigen; aber die geistliche Behörde sollte gleichfalls ihr Recht und die religiösen Interessen der Gesamtheit wahren.

Der Rat des Dziennik Poznański, die Eltern sollten unter Berufung auf Teil II Titel 12 des preußischen Allg. Landrechts die Befreiung der Kinder vom deutschen Religionsunterricht in den Volksschulen fordern, läßt sich nicht ausführen, und zwar geradezu deshalb nicht, weil die Vorschriften des Landrechts von dem Verfasser des Dziennik-Artikels ganz irrig aufgefaßt worden sind.

Aus dem Allg. Landrecht führt der Dziennik Poznański den nachstehenden Paragraphen an. (Folgt der Wortlaut des § 43 Titel 12, Teil II.) Der Dziennik folgert daraus, daß diese den Schulunterricht als Ganzes umfassende, also den Schulzwang mit dem bezeichneten Vorbehalt vorschreibende Vorschrift sich mit ihren Vorbehalten auch auf die einzelnen Gegenstände des Schulunterrichts, also auch auf den Religionsunterricht beziehe.

Diese Deduktion des Dziennik ist durchaus falsch; denn diese Vorschrift bezieht sich nur auf den Schulunterricht als Ganzes.

Im Allg. Landrecht Teil II, Titel 12, der von den niederen und höheren Schulen handelt, ist gar keine Vorschrift enthalten, auf Grund deren die Eltern fordern könnten, daß ihre die Volksschule besuchenden Kinder von den Religionsstunden oder von irgend einem anderen Unterrichtsgegenstande befreit würden. Im § 11 ist nur gesagt, daß es in den Volksschulen nicht gestattet sei, die Kinder zur Teilnahme am Religionsunterricht eines Bekenntnisses zu zwingen, dem sie nicht angehören. Wenn unsere Kinder vor der Folge des in den Volksschulen deutsch erteilten Religionsunterrichts gesichert sein sollen, so müssen die Mittel auf anderen Wegen gesucht werden. Der vom Dziennik Poznański gewiesene Weg führt nicht zum Ziele.

Aus Nr. 110 des Lech (Gnesen)

vom 16. Mai 1906:

Eine Anfrage.

Lieber Lech! Ich möchte wissen, ob ich mein Kind überhaupt zum deutschen Religionsunterrichte schicken muß. Mir blutet das Herz, wenn ich zühöre, wie mein Kind diese deutsche Religion zu Hause Wort für Wort lernt und wie in dem Kopfe meines Kindes selbst im Traume Worte aus dem deutschen Katechismus oder aus den deutschen Kirchenliedern wimmeln. Die Eltern können doch unmöglich dem allen zusehen. Ich frage also, ob für die Religion ein Zwang besteht und ob ich mein Kind dazu schicken muß.

Eine polnische Mutter.

Wir bitten einen unserer kompetenten Leser oder einen der Herren Rechtsanwälte, der polnischen Mutter auf die gestellte Frage gütigst antworten zu wollen.
(Die Redaktion.)

Aus Nr. 111 des Lech (Gnesen)
vom 17. Mai 1906:

In Sachen des Religionsunterrichts erhalten wir auf die uns gestern zugegangene Anfrage nachstehendes Schreiben:

Der polnischen Mutter antworte ich auf die in der letzten Nummer des Lech gestellte Frage, daß mit Beziehung auf den Religionsunterricht Schulzwang besteht und daß Eltern, welche ihre Kinder nicht zum Religionsunterrichte schicken, für Schulverhältnis bestraft werden würden. Die Religion gehört in Preußen in der Volksschule zu den obligatorischen Unterrichts-Gegenständen, und selbst bekenntnislose Eltern müssen ihre Kinder zum protestantischen Religionsunterrichte schicken, weil die protestantische Religion die Staatsreligion ist.

Die Kirche hätte das Recht, einzuschreiten und den Lehrern die Berechtigung zur Erteilung des Religionsunterrichts in einer anderen als in der Muttersprache der polnischen Kinder abzuspochen. Doch in der heutigen Zeit können wir darauf nicht rechnen. Der deutsche Klerikalismus hängt so am Absolutismus in Preußen wie die Fliege am Honig, und von einem Streit der Kirche mit dem Staate um uns Polen kann man nicht träumen.

Man muß daher die Kinder zum deutschen Religionsunterrichte schicken. Das Kind wird selbst das ihm zugefügte Unrecht empfinden, und wenn es aus der Schule entlassen sein wird, wird es unter die nationale Fahne treten.

Aus Nr. 116 der Gazeta Polska (Kösten)
vom 22. Mai 1906:

Der Kampf um den polnischen Religions-Unterricht in der Schule.

Aus Storchneß wird uns geschrieben:

Trotz der seitens mancher polnischen Eltern an die Lehrer in Storchneß gerichteten Proteste, mit dem deutschen Religionsunterrichte aufzuhören, erteilen die Lehrer, ohne auf den Willen der Eltern zu achten, den Religionsunterricht in der schwäbischen Sprache unter Zuhilfenahme der bekannten „pädagogischen“ Mittel. Dieses wollte Herr Johann Szawelski keineswegs leiden, und deshalb wandte er sich beschwerdeführend an den Schulinspektor und forderte, daß sich die Lehrer dem Willen der Eltern anpassen möchten.

Das Schreiben des Herrn Szawelski hatte den Erfolg, daß sich der Herr Schulinspektor persönlich zu Herrn Sz. bemühte und ihm erklärte, daß der Religionsunterricht für die Kinder notwendig sei.

Darauf erwiderte Frau Szawelska, daß sie damit nicht einverstanden sei, daß den Kindern die heiligen Glaubenswahrheiten in einer ihnen unverständlichen Sprache gelehrt würden, da sie keine Gewißheit habe, ob die Lehrer die Glaubensartikel gut erklärten, zumal den Geistlichen der Zutritt zur Schule verboten sei.

Darauf antwortete der Herr Schulinspektor, daß er die Lehrer nach dieser Richtung hin amtlich kontrolliere und darauf achte, daß sie den Religions-Unterricht gut erteilen.

Frau Szawelska fragte daraufhin den Herrn Inspektor, ob er als Protestant oder Lutheraner den katholischen Religionsunterricht, den er doch nicht kenne, kontrollieren könne?

Der Herr Schulinspektor gab darauf keine Antwort, er verabschiedete sich nur und ging fort, aber von der Zeit stellt der Lehrer dieser Kinder in der Religion keine Fragen an sie!

Einige Eltern waren auch beim Geistlichen, welcher den Propst vertritt, und ersuchten ihn, weitere Schritte zu unternehmen, damit der Erteilung des Religionsunterrichts durch die Lehrer unter den bisherigen germanisatorischen Bedingungen Einhalt getan werde. Was der ehrwürdige Pfarrer angesichts dessen tun wird, das wissen wir nicht.

Ehre der Frau Szawelska für das energische Auftreten gegenüber dem Schulinspektor in Verteidigung ihrer Kinder, welche die Religion in der deutschen Sprache lernen sollen.

Von dieser Bürgerin könnte manch ein Nachlässiger und Träger lernen, wie man sofort und energisch aufzutreten muß, wenn es sich um die Verteidigung der uns zustehenden Rechte handelt, das umso mehr, als der germanische Moloch auf die Seelen der polnischen Kinder die Zähne schärft.

Wer fleißig Zeitungen liest, der wird auch wissen, wie man sich verteidigen muß!

Aus Nr. 112 des Postep (Posen)
vom 17. Mai 1906:

Die Deutschkatholiken beim Juden und der Religionsunterricht in deutscher Sprache in Kröben.

Goslyn.

Nachdem die Kröbener hergelaufenen Deutschkatholiken — zum Teil Leute mit altpolnischen Namen — die Katholikenversammlungen in Krotojschin wahrgenommen hatten, beriefen sie in das Lokal eines Israeliten mit polnischem Namen eine Versammlung ein und dort gründeten sie in Stärke von etwa einer Mandel einen deutschkatholischen Verein. Wir würden nichts dagegen einzuwenden haben, daß sie einen solchen Verein gründeten, doch wie man aus den nachstehenden Ausführungen leicht beurteilen kann, haben nur irgendwelche „Extravaganzen“ diese Katholiken hierzu bewogen, indem sie das fürchterliche Bedürfnis nach einem solchen Vereine empfanden.

In diesem anscheinend so erhabenen Sinne fand am vorvergangenen Sonntag eine zweite Versammlung statt, für welche verschiedene katholische Seelen geworben wurden, und zwar wiederum in dem jüdischen Lokal. Natürlich müssen oder wollen doch die Deutschkatholiken beim Juden ihre angeblich katholischen Sitzungen abhalten, da der Rest der 8 — wörtlich acht polnischkatholischen Lokale in Kröben offenbar sich nicht dazu eignen, Versammlungen mit solchen Aspirationen abzuhalten, — denn das sind katholische — aber polnische Lokale. Am angenehmsten und besten ist, wie man sieht, der Jude, und mit solchen wird die mit Bairisch begossene, die deutschen Eingeweide kneisende katholischpolnische Gastlichkeit leichter gebändigt.

Die Gründer jenes Vereins sind: der Stationsverwalter der Kreis-Kleinbahn Herr Krapczynski und zwei Herren Lehrer der Kröbener Elementarschule, welche, nachdem sie als Pädagogen nach Kröben gekommen sind, anscheinend ihren übrigen Kollegen nach dieser Richtung hin als Muster dienen oder zeigen wollen, daß sie für das bedrückte Deutschtum mehr tun, als die anderen. Man fragte einst eines

der Mitglieder, welchen Zweck dieser Verein haben solle, ob er nicht etwa die polnischen Zungen zu freffen bezwecke? Jenes Mitglied erwiderte: man wolle genau wissen, was der Erzbischof mache und was er nicht mache, — nun, und selbstverständlich will man Predigten in der Muttersprache. Uns scheint es, daß man in Zukunft eines der Mitglieder auf die Dominikel delegieren wird, damit es dort kontrolliere und dem Verein mitteile, was der Erzbischof macht, oder ob er auch deutsch betet und welches Gebet. Was die Muttersprache anbetrifft, so wäre es leicht, das zu ergründen. Alle Mitglieder jenes Vereins sprechen nämlich (was übrigens schon aus den Namen hervorgeht) außer einem oder zweien, die sich, wie man sagt, gleichfalls polnisch nicht verkaufen lassen würden, glatt polnisch, da ihre Muttersprache einst die polnische gewesen ist.

In einer Pfarodie, welche 9000 polnisch-katholische Seelen zählt, fordern also acht oder eine Mandel richtiger, polnisch sprechender Deutschkatholiken in der Kirche, in der Schule, sei es wo es wolle, die deutsche Sprache. So soll auch in nächster Zeit in der Schule der Religionsunterricht in deutscher Sprache losgehen. Was ist angesichts dessen von den gedruckten Ansprachen zu halten, die gelegentlich des Kaiserbesuchs in Posen gehalten wurden? Wollen die Deutschen die Polen in Sozialisten umwandeln, oder wollen sie daß das Kind, wenn es Religion, diese göttlichen Gesetze, in der Muttersprache nicht gelernt hat, entarte und in Zukunft, wenn es heranzwächst, seinen Vater und seine Mutter, die, welche es erzogen haben, mit der Faust schlage, keine Ordnung achte usw., worum es sich übrigens den Haktisten so sehr handelt?

Ein Glück, daß unsre Volksgefamtheit und der gewöhnliche, auf den Hüfen wohnende Bauer sich ein Urteil über die Dreyssur der geistlichen oder weltlichen Streber gebildet haben, welche politisch berühmt, materiell fett und moralisch . . . werden wollen.

Nachdem wir jene Gnaden und ihre gesegneten Folgen gesehen haben, die so reichlich aus Händen herfließen, welche uns mit Bezug auf Land, Glaube und Sprache fremd sind, danken wir für alles, was uns von ihrer Seite her beglücken soll. Fort mit solchen Schützern, Wohltätern, — denn wir wissen, daß wir außer Gott niemanden weiter für uns haben.

Möge niemand uns einzureden suchen, daß uns doch kein Unrecht geschehe, daß das in einer fremden Sprache den polnischen Kindern eingepaukte Gebet den Geist hebe und daß die Kinder es schon hinreichend verstünden; — denn wir würden ihm artig, vertraulich sagen müssen, er leide an der in Berlin ausgeheckten neumodischen Krankheit, dem in den Ostmarken grassierenden Polenvertilgungsieber. Ja, an solche Gnaden wollen sogar die wilden Hereros nicht glauben. Nachdem wir Polen die zur Ausrottung unserer Sprache und unseres Glaubens betriebene Politik kennen gelernt haben, danken wir für das deutsche Gebet; denn wir sind fest davon überzeugt, daß wir mit seiner Hilfe das Seelenheil nicht erlangen werden; und nach den in diesem Geschmack gehaltenen Reden und Predigten, sei es auch noch so gelehrter Kanzeldonnerer, verzichten wir auf ihren Beistand. Solche politische Apostel sind nicht imstande, uns in den Himmel zu führen, denn wir werden nach rechts, sie aber immer nach links gehen in die neue, immer neue Heimat.

Später will ich der geehrten Redaktion von dem erbärmlichen Verhalten mancher merkwürdigen Leute mitteilen, welche bisher die Losung: „Der Landsmann zum Landsmann“ nicht verstehen.

Ein früherer Bürger aus Kröben.

Aus Nr. 109 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 13. Mai 1906:

Zur Warnung.

Aus Zerkow erhielten wir nachstehende Warnung:
Es ist eine bekannte Sache, daß der deutsche Mittelstandsbund in Posen und in vielen Städten des Großherzogtums, sogenannte „Deutsche Spar- und Darlehnskassen“ gegründet hat, welche anfänglich nur mit Deutschen Geschäfte machten. Gegenwärtig hat sich die Sache gewiß geändert. Im benachbarten Dorfe Langenfeld besteht seit einigen Jahren eine deutsche Darlehnskasse, welche 130 Polen und nur 60 Deutsche zählt. Aus Posen wurden Schritte unternommen, um mit dieser Kasse eine Verbindung im Sinne der Statuten des Mittelstandes herbeizuführen, als man dies aber aus bekannten Gründen nicht erlangen konnte, so wurde dort eine eigene Kasse gegründet, welche zu niedrigeren Zinsen Darlehne erteilt, und anscheinend auch Polen als Mitglieder aufzunehmen beabsichtigt. Da aber nicht allen der Zweck dieser Kasse bekannt ist, so liegt es im Interesse der Allgemeinheit, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Kasse bei Erteilung von Darlehen zum Grundankauf sich das Vorkaufsrecht vorbehält. Dieser niedrige Zinssatz wird nur verlangt um Unwissende, die später sich nicht mehr zurückziehen können, auf den Leim zu locken. Man wundert sich im allgemeinen, daß so viele Polen nach den deutschen Kassen strömen, wo sie doch gleich in Zerkow eine polnische Bank haben, welche allen sehr bequeme Bedingungen stellt. Alle polnische Blätter werden gebeten diese Warnung aufzunehmen.

Aus Nr. 109 des Goniec Wielkopolski (Posen)
vom 13. Mai 1906:

Aus Samter wird uns geschrieben:

Es wird jedenfalls alle bis ins Innerste die Nachricht erschüttern, daß der Apotheker Herr Konieczny — Bruder des Herrn Dr. Konieczny aus Schmiegel, eines eifrigen Patrioten — seine Apotheke einem Deutschen für 300 000 Mark verkauft hat. Schon seit einer Woche kursierten diese Gerüchte in der Stadt, doch wollte ihnen niemand Glauben schenken, da die Apotheke in einer vorwiegend polnischen Stadt und Umgegend ein gutes Fortkommen hatte. Die Ursache des Verkaufs deutet Herr K. damit, daß die Regierung direkt und ohne Umschweife erklärt hat, daß sie einen Konsens zu einer zweiten Apotheke erteilen werde. Dies war doch noch kein Grund zum Verkauf. Den Konsens hätte sicher ein Deutscher erhalten, und dieser hätte doch mit Herrn K. nicht konkurrieren können. Hat dann Herr K. zu den hiesigen Bürgern das Vertrauen verloren? Heutzutage besitzt ja schon jeder einfache Mensch Verständnis für wirtschaftliche Sachen. Deshalb herrscht auch in der Stadt große Erbitterung.

(Wir wollen sehen, ob die Regierung noch den Konsens für die zweite Apotheke erteilen wird. Die Red.)

Aus West- und Ostpreußen.

Aus Nr. 19 der Pokraka (Posen)
vom 13. Mai 1906:

Von der Ostseeküste,

den 1. Mai 1906.

Am vergangenen Sonntag, den 29. April, also am zweiten Sonntage nach Ostern, wurde auf dem

St. Albrecht bei Danzig das Jahresfest des St. Albrecht, des Patrons der Preußen gefeiert, einer Nation, die zurzeit der Regierung des teutonischen Ordens vollständig ausgerottet worden ist, so daß von derselben bei der Übernahme dieses Landes durch die Polen auch keine Spur mehr vorhanden war.

Den geehrten Lesern ist obiger Ort aus der Beschreibung des Herrn P. Palinski aus Danzig bekannt, deshalb werde ich hier auch die auf denselben bezüglichen Einzelheiten übergehen; ich werde dagegen nur den Eindruck, den die zahlreichen, von dieser Kirchenfeier angelangten Pilger davongetragen haben, mitteilen. Um 8 $\frac{1}{2}$ Uhr Morgens begann in der Parochial-Kirche die für die Polen bestimmte feierliche Messe, während welcher unter Begleitung der Orgel und von Blasinstrumenten irgend ein Lied gesungen wurde, ob polnisch oder deutsch, das konnte nicht herausgehört werden, denn von dem in der Kirche versammelten Volke hat außer dem Organisten aus dem Chor und einigen in dem Heiligtum zerstreuten Sängern niemand gesungen. Nach beendeter Messe begab sich eine feierliche Prozession aus der Kirche nach dem St. Albrecht-Berge. Voran ging das Kreuz und hinter ihm folgten die von Jünglingen und Jungfrauen getragenen Fahnen. Ein Bild zum Tragen, den St. Albrecht mit dem Zeichen seines Todes in der Hand, darstellend, war mit einem silbernen Kleide und einem vergoldeten Bischofshut geschmückt. Unter dem Klänge der Musik und des Gesangs: „Kto się w opieku“ („Wer sich in den Schutz“) bewegte sich die Prozession langsam auf den Berg zu jener historischen Kapelle, um sich dort jene vergangenen Zeiten in Erinnerung zu rufen, wo St. Albrecht unseren heidnischen Vorfahren zum erstenmal die ewige Wahrheit verkündigte, und wo dann nach seinem Tode sein Leib durch drei Jahre hindurch in jener Kapelle am Altare ruhte. Ein merkwürdiger Eindruck läßt das Herz des rechtgläubigen Polen erzittern! ... Auf dem Berggipfel unter der Eiche gegenüber der Kapelle war eine Kanzel errichtet, um welche sich eine zahlreiche Schar des hier und in der Umgegend wohnenden Kaschuben-Volkes versammelte, welches nach polnischen Gesang und dem Worte Gottes in der Muttersprache sich sehnte. Zum Festprediger bestimmte der Ortspropst Wysocki, ein germanisierter Pole, seinen Vikar Riß, einen aus Danzig gebürtigen Deutschen. Wir wissen alle was ein guter Prediger in der Parochie zu bedeuten hat und welche eine Macht das Gottes Wort in der Sprache desjenigen Volkes, zu dem man spricht, besitzt, wenn es klar, mit Nachdruck und verständlich verkündigt wird. Die durch den Vikar auf dem St. Albrecht-Berge gesprochene Predigt hat eine geradezu entgegengesetzte Wirkung hervorgerufen: anstatt die Herzen und die Gemüter zum Schöpfer der Welt zu erheben, den die Seele in der wunderbar entwickelten Natur erblickte, über welcher das Himmelblau sein Gewölbe ausbreitete und welche die Sonnenstrahlen goldig erglänzen ließen — hat sie (die Predigt) Erbitterung erweckt und ein satirisches Lächeln auf die Lippen gerufen.

Obgleich es uns als Laien nicht zusteht, eine Predigt zu kritisieren, so will ich doch im Interesse einer guten und für die katholische Kirche nützlichen Sache hier einige Redewendungen aus dieser originellen polnischen Predigt anführen, der einzigen Predigt im ganzen Jahre in der Parochie des St. Albrecht, obgleich diese letztere fast zur Hälfte aus polnischem Volke besteht.

In seiner Predigt erwähnte der Prediger mit einigen Worten den St. Albrecht, und dann ging er auf das Thema der Liebe zu Gott und der Nächstenliebe über, eine Aufgabe, deren er sich leider sehr

unglücklich entledigte und zwar nur wegen unzureichender Kenntnis der polnischen Sprache. Bei Anführung z. B. des Citats aus den Schriften des St. Augustin, von den sich gegenseitig unterstützenden und den menschlichen Körper aufrecht erhaltenden Beinen zog er die Folgerung, daß „die Liebe zwischen den Beinen“ ein Beispiel und Muster für die gegenseitige Liebe der Menschen zueinander sein sollte.

In einer anderen Stelle, bei Anführung von Worten des Apostels der Nationen wandte er die Redewendung an: „daß St. Paweł — (soll heißen Paweł (Paulus)) sagt.“

Er reihte auch „unsere ersten Eltern“ den Märtyrern an, denn er äußerte sich über sie, „daß sie das Blut für uns vergossen“; im Munde dieses Predigers wurden die ersten Eltern als Adam und Ewi bezeichnet.

Bei den nachfolgenden Benennungen hörten wir z. B. auch solche: „**Dla dusze Therejzy**“ — soll richtig polnisch heißen: Za duszę Teresy. Für die Seele der Thereze. „**Dla dusze Marty**“, soll heißen: Za duszę Marty. Für die Seele der Martha. „**Dla dusze Karoliny**“, soll heißen: Za duszę Karoliny. Für die Seele der Karoline. „**Dla dusze Augusta**“, soll heißen: Za duszę Augusta. Für die Seele des August. „**Dla dusze Benjamina**“, soll heißen: Za duszę Benjamina. Für die Seele des Benjamin. „**Za dusze Matki Boskiej**“, soll heißen: Za duszę Matki Boskiej. Für die Seele der Mutter Gottes. „**Za dusze Panny Maryi**“, soll heißen: Za duszę Panny Maryi. Für die Seele der Jungfrau Maria. „**Za dusze syna, idącego do wojska**“, soll heißen: Za duszę syna, idącego do wojska. Für die Seele des Sohnes, der zum Militär geht. „**Zdrowasż Marjo laskisz pojna Pan z Tobo, błogosławionasż Ty między niewiastamy i błogosławion owoc żywota Twojego i Jezus** ... soll heißen: Zdrowasż Maryo, łaskiś pełna Pan z Tobą, błogosławionaś Ty między niewiastami i błogosławion owoc żywota Twojego Jezus ... (Dies ist der Anfang des „Ave Marya“).

Aus diesen einigen Redewendungen werden die geneigten Leser den Schluß ziehen können, wie diese fast eine ganze Stunde dauernde polnische Predigt in dem Munde eines solchen Festpredigers ausgesehen haben muß. Ich will nicht übertreiben, aber selbst der Prediger muß davon moralisch überzeugt gewesen sein, daß eine, in einer derart verunglimpften polnischen Sprache verkündigte Predigt nicht imstande war, das um die Kanzel versammelte polnische Volk seelisch zu erbauen und im Glauben zu stärken. Ich frage ihn unparteiisch, ob er mit einer solchen schwachen Kenntnis der französischen Sprache (wie im vorliegenden Falle der polnischen) sich unterstehen würde, mit einer Predigt vor französisches Publikum hinzutreten? Und was würden die deutschen Katholiken sagen, wenn ihnen in einer Predigt ein polnischer Geistlicher in so schändlicher Weise die Sprache ihres Goethe und Schiller verunglimpfen würde. Sie würden sicher bei der geistlichen Behörde sofort eine Beschwerde einreichen und verlangen, daß man ihnen einen anderen, die deutsche Sprache gut beherrschenden Geistlichen sende. Ganz richtig! Aus demselben Grunde haben auch die polnischen Katholiken das Recht von der geistlichen Behörde zu verlangen, daß sie ihnen auch stets einen solchen Seelsorger sende, der sich mit ihnen in guter polnischer Sprache sowohl im Beichtstuhl als auch von der Kanzel verständigen könnte; möge doch diese Behörde endlich durch Beweise bestätigen, daß sie sich nicht von der Meinung der verhöhnenden Kulturträger leiten läßt. „Für die Kaschuben und Pollacken ist alles gut genug.“ Jedoch irren sich alle Kreuzritter des modernen Zuschnitts, wenn sie glauben, daß sie

gegenüber dem polnischen Volke sich eine derartige Geringschätzung seiner Sprache und Nationalität erlauben dürfen, daß sie ihm sogar von der Kanzel solche absurde Sachen erzählen können. Sie sollen mit dem Feuer nicht spielen, da für die Kirche sehr traurige Zeiten herannahen und deshalb umso traurigere, da heute eine nicht geringe Zahl der Lenker des Schiffes Petri sich wegen irgendwelcher erbärmlichen vergänglichsten Rücksichten, von den Strömungen einer verführerischen Politik hat hinreißen lassen, wodurch diese Leute in vielen Fällen die ihnen anvertraute Herde ins Wanken brachten, diese Herde, die durch den Zeitgeist gedrängt, beim Anblick dessen, was vorgeht — leicht auf Abwege geraten kann! Und es kann die Prophezeiung des irländischen Bischofs St. Malachias, den Nachfolger Pius X. betreffend, in Erfüllung gehen, daß zu dessen Zeiten „die Religion entvölkert werden wird“ — religio depopulata!

Auf die Person des Predigers zurückkommend, können wir garnicht verlangen, daß er als geborner Deutscher die polnische Sprache beherrscht, wenn er aber durch die geistliche Behörde als Seelsorger in einer gemischten Parochie eingesetzt ist, welche aus Polen und Deutschen besteht, so müssen wir in diesem Falle verlangen, daß er sich gut und verständlich in der polnischen Sprache ausdrückt. Indessen scheint es, als wenn die geistliche Behörde absichtlich nach den rein polnischen Gegenden deutsche Geistliche sende, sogar geistreiche Germanisatoren, welche, ohne Aufsehen zu erregen, die Polen entnationalisieren, die sogar oft in den polnischen Zeitungen tüchtige Verteidiger finden. Wir erinnern hier nur an den Geistlichen K. in Berent. So hat auch die geistliche Behörde in Pselplin nach dem rein polnischen Städtchen Krone a. d. Brahe einen Vikar gesandt, der so unbarmherzig die polnische Sprache verstümmelte, daß dies auch den einfachsten Menschen unangenehm berührte. Alle Klagen und Beschwerden des polnischen Volkes prallten, wie die Erbsen an der Wand, an der Standhaftigkeit der bischöflichen Behörde ab. Erst als das polnische Volk zu drohen anfang, daß es seine Kirche meiden werde, wenn der geistliche Germanisator nicht beseitigt werde, hat man ihn nach Czersk in eine ganz fremde Gegend versetzt, von wo er aber infolge von Beschwerden seitens der Parochie weiter nach einer gemischten Parochie versetzt wurde. Hier betreibt er gemeinschaftlich mit dem Propste die Germanisierung in großem Maßstabe.

Deshalb spiele mit dem Feuer nicht, denn die Katastrophe ist näher als wie es so manchen Leuten scheinen mag.

Bei dem Klange des Liedes „Do Ciebie Panie“ (Zu Dir Herr) kehrte die Prozession nach der Kirche zurück, wo eine Messe begann, angeblich für die deutschen Katholiken, in Wirklichkeit aber für eine ganze Menge des in der Parochie wohnenden kaschubischen Volkes.

K a s z u b a.

Aus Nr. 56 der Gazeta Gdańska (Danzig)
vom 12. Mai 1906:

Aufruf an die polnischen Eltern in Berent.

Das Deutschtum beginnt durch Türen, Fenster und sogar durch die Ritzen in unsere Gotteshäuser in der Kaschubei einzudringen.

Mit schmerz erfülltem Herzen sehen das unsere Glaubensbrüder, die der Germanisierung der Kinder zusehenden Eltern schmerzt das Herz, doch jeder leidet

und schweigt. Mancher sagt sich innerlich: Der liebe Gott wird uns diese Leiden einstens anrechnen, doch jeder trägt sein Kreuz mit Ergebung.

Es haben sich jedoch Leute gefunden, die wie folgt sagten: Nein! Wir müssen uns verteidigen, denn sonst essen sie uns mit Haut und Haaren auf. Und es haben sich in Berent die Väter zusammen gefunden und nachstehenden Aufruf erlassen:

Polnisch-katholische Eltern!

Ein neuer Angriff gegen euer Polentum ist schon beschlossen und hurtig unternommen worden. Der Sakatismus, der in alle staatlichen Behörden eingedrungen ist und dort unsere polnische Muttersprache verdrängt hat, der es veranlaßt hat, daß in der von unserem Gelde unterhaltenen Schule unsere Kinder unsere Muttersprache nicht lernen, ist jetzt daran gegangen, die polnische Sprache auch aus der Kirche zu verdrängen.

Ihr seid Zeugen, wie das Deutschtum in unserer polnischen Kirche täglich lauter und dreister auftritt und die polnische Sprache zurückweicht. Die Sakatisten und die mit ihnen verbündete Bande der Abtrünnigen unserer heiligen polnischen Sache wissen, daß ihr Parochianen die Einführung von mehr deutschen Predigten in der Kirche, als für die paar Deutschkatholiken erforderlich sind, nicht gleich zulassen würdet. Sie wissen sehr wohl, daß sie euch diesen schönen erhabenen Gesang mit einem Male nicht entreißen würden, der in unserer Kirche so lange erschallt, als ihre Mauern stehen.

Sie wissen sehr wohl, daß sie es auf geradem Wege nicht fertig bekommen, unsere Kirche zu germanisieren, und deshalb haben sie zur List gegriffen. Und so haben sie angefangen, sogenannte Schul- und Seminarmessen einzuführen, in denen die Schüler gezwungen sind, irgendwelche vollständig lutherisch klingende deutsche Lieder zu singen, um eure Ohren an das Deutschtum in der Kirche allmählich zu gewöhnen.

Nicht genug damit. Sie wissen sehr wohl, daß ihr Eltern und Erwachsenen auf den Leim nicht eingehen und ihre katholische „gesangbuchow“ nicht annehmen werden, und deshalb haben sie sich an eure Kinder herangemacht.

Polnisch-katholische Eltern! Es ist ein ernster Augenblick gekommen, es ist auch schon gesagt worden, daß ihr eure Kinder zum Vorbereitungsunterricht für die hl. Sakramente anmelden sollt. Und schon reden die Lehrer in den Schulen den Kindern zu, der deutschen Abteilung beizutreten, d. h., damit eure Kinder nicht wie ihr polnisch beten und beichten, sondern daß sie sich in der Sprache des Martin Luther an Gott wenden sollen.

Das darf, so wahr ich lebe, nicht geschehen! So lange in Berent der katholische Glaube besteht, ist es noch nicht vorgekommen, daß die Kinder polnischer Katholiken deutsch gebetet und gebeichtet hätten. Ihr habt das Recht zu fordern, daß eure Kinder in der Sprache zu den heiligen Sakramenten vorbereitet werden, in der ihr einst vorbereitet worden seid. Laßt euch dieses Recht nicht entreißen, sondern fordert überall, daß eure Kinder zur ersten heiligen Kommunion in polnischer Sprache vorbereitet werden. Sie müssen eurer Forderung entsprechen, denn die Eltern haben das Recht zu bestimmen, in welcher Sprache dem Kinde der Unterricht erteilt werden soll. Laßt euch nicht ängstlich machen. Wegen eurer Forderung kann euch nichts Böses geschehen, denn ihr befindet euch in eurem Rechte, und euch wird Gerechtigkeit widerfahren, wenn die Sache auch bis vor den Thron des hl. Vaters kommen sollte.

Wenn irgend ein Lehrer — wie es schon vorgekommen ist, — euch damit drohen sollte, daß er euer Kind aus der Schule weisen würde, so habet keine Angst, denn diese Drohung ist nur für Dumme berechnet. Ein jeder weiß, daß das Kind, solange es sich im schulpflichtigen Alter befindet, in die Volksschule aufgenommen werden muß.

Wenn euch gesagt werden sollte, daß euer Kind zum polnischen Unterricht nicht zugelassen werden kann, weil es nicht polnisch schreiben und lesen kann, so antwortet, daß das nicht eure Schuld sei, wenn in der von euren Abgaben unterhaltenen Schule nicht polnisch gelehrt werde. Seit mehr denn 20 Jahren wird in der Berenter Schule nicht ein Wort polnisch gelehrt, und trotzdem nehmen die Kinder polnischer Eltern immer am polnischen Unterricht teil. Wenn das bisher zu machen ging, warum soll es auf einmal anders werden?

Wenn euch gesagt werden sollte, daß es gegenwärtig in Berent keinen Geistlichen gebe, der polnisch unterrichten könne, so antwortet: Möge der hochwürdige Herr Bischof einen polnischen Geistlichen herschicken. Die Tabaksdose ist für die Nase da, und nicht die Nase für die Tabaksdose. Eine polnische Pfarochie muß polnische Geistliche haben! Der Herr Bischof als Vertreter der Apostel wird uns polnische Geistliche schicken.

Tritt nicht von der Forderung zurück, daß dein Kind polnischen Religionsunterricht erhalten soll, denn deine Kinder, polnische Mutter und polnischer Vater, werden an deinem Grabe in einer fremden Sprache beten, und vielleicht werden sie sich gar schämen, daß sie von polnischen Eltern stammen, und eure ehrlichen polnischen Namen werden sie nach eurem Tode zu irgendwelchen Ungeheuern umgestalten, an denen niemand erkennen wird, daß es eure Kinder sind. Fordere, polnische Mutter, daß dein Kind in der Sprache in den heiligen Glaubenswahrheiten unterrichtet werde, in der du ihm das erste Mal die kleinen Händchen zum Gebet gefaltet und ihm gelehrt hast, nachzusprechen „Ojciec nasz“ (Vater unser) und „Wierzę w Boga“ (Ich glaube an Gott.)

Richtet euch nicht nach den Deutschkatholiken. Sie halten zum größten Teil mit den Hafatisten zusammen. Ihr wißt es doch sehr gut, daß der Vater des Hafatismus Bismarck ist, der während des Kulturkampfes katholische Bischöfe und Geistliche ins Gefängnis geworfen hat. An der Spitze der Hafatisten stehen nur Lutheraner und die verfolgen nur das eine Ziel, uns Polen zu germanisieren und zu lutheranisieren. Was müssen das für Katholiken sein, die Hand in Hand mit den Lutheranern gegen uns marschieren?

Polnisch-katholische Eltern! Wenn jemand seinen Grund und Boden an einen Andersgläubigen verkauft, dann wird er in berechtigter Weise als Verräter unserer Volksgemeinschaft angesehen. Doch der begeht noch ein größeres Verbrechen, wer sein Kind freiwillig germanisieren läßt, denn der Verkäufer verkauft den vaterländischen Grund und Boden, während die Eltern, die ihre Kinder germanisieren, dem Deutschtum die Seele ihrer polnischen Kinder verkaufen.

Seid fest und klug! Wenn ihr euer Kind zum Vorbereitungsunterricht schicket, dann fordert, daß es in die polnische Abteilung aufgenommen werde, daß es den Katechismus in polnischer Sprache lerne, daß es polnisch beichte und bete wie ihr. Das ist euer Recht, und dieses Recht muß jede Behörde achten. Wache Geist!

Wenn doch die Eltern in anderen Pfarochien diese Worte der geehrten Glaubensbrüder aus Berent zu Herzen nehmen und in ähnlicher Weise ihre Heiligtümer verteidigen möchten. Wir werden nicht unter-

gehen, solange wir Mitbrüder haben, die ihre, ihnen von Gott gegebenen natürlichen und übernatürlichen Rechte in dieser Weise verteidigen.

Aus Oberschlesien.

Aus Nr. 115 des Gornoslazak (Kattowitz)

vom 20. Mai 1906:

Antwort eines Geistlichen auf die von Herrn Pfarrer Kofott in der Versammlung zu Tarnowitz erhobenen Vorwürfe.

Als die in Oberschlesien gewählten Zentrumsleute die bekannte Erklärung, welche die Geistlichen zum Kampfe mit der polnischen Volkspartei auffordert, erließen, unterzeichnete sich Herr Pfarrer Abramski nicht, sich damit rechtfertigend, daß er den Kampf in Oberschlesien als einen Rassenkampf ansehe, in welchem sich der Geistliche im Hinblick auf die Seelsorge nicht auf die eine Seite stellen dürfe, um sich nicht die Parochianen auf der andern Seite abwendig zu machen. Seine Ansicht teilte augenscheinlich Herr Pfarrer Kapica, denn in der Versammlung zu Sohrau erklärte er, der katholische Geistliche müsse in Nationalitätenkämpfen unparteiisch sein. Die Herren Pfarrer des Wahlkreises Beuthen-Tarnowitz folgten jedoch leider dem Rat der Abgeordneten, denn sie unterzeichneten den Aufruf des Zentrums kandidaten Muschallit.

In der Politik können niemandem Vorschriften gemacht werden, also muß auch den Geistlichen Meinungsfreiheit gelassen werden. Wie die Geistlichen bei dieser widerrätigen Volkspolitik des Zentrums fahren werden, ist ihre persönliche Sache. Wie sich einer bettet, so schläft er. Wenn die Geistlichen den Rest des Vertrauens der polnischen Parochianen einbüßen werden, so mögen sie dann nicht die Schuld dem Gespenst des „polnischen Radikalismus“ beimeessen, — sondern mögen sie in Betracht ziehen, daß auch dem Volke in der Politik Rechtsfreiheit gebührt, daß es ebenfalls dorthin gehen dürfe, wohin es ihm gefällt; Freiheit hier — Freiheit dort!

Aber auch in der Politik darf man von jeder kämpfenden Seite Gerechtigkeit und Vermeidung unberechtigter Verdächtigungen verlangen. Pfarrer Kapica sagte in Sohrau: „Seien wir auch gegen unsere Gegner gerecht. Nicht alles, was uns unbequem oder unangenehm ist, darf als schlecht und verderblich angesehen werden. Nicht alle, welche auf einem anderen Standpunkt stehen, wie wir, sind niedrig denkende Menschen. Auch die andere Seite hat Ideale.“

Leider scheint es, daß man in der Hitze der Wahlagitation im Kreise Beuthen-Tarnowitz Gerechtigkeit gegen die politischen Gegner nicht üben will. Einen solchen Eindruck bekommt man beim Lesen des Berichts über die Zentrumsversammlung in Tarnowitz, in welcher Herr Pfarrer Kofott sprach. Nach dem Bericht der bekannten hafatistischen „Oberschles. Ztg.“ vom 15. Mai bekämpfte Pfarrer Kofott hauptsächlich die polnische Volkspartei, indem er höchst dreist behauptete, daß kein Katholik, ohne der Kirche untreu zu werden, seine Stimme Herrn Napieralski geben könne, denn 1. ist Herr Napieralski ein Verräter des deutschen „Vaterlands“, 2. ist die polnische Partei ein Feind der katholischen Kirche, 3. hat sie die Verrohung unserer Jugend verschuldet. Dies sind geradezu schmachvolle Vorwürfe. Auf den ersten Vorwurf hat Herr Napieralski selbst bereits in seinem Aufruf geantwortet, auf den dritten Vorwurf erwidere ich nur kurz, daß er eine ganz neue Erfindung des Geistlichen Kofott ist. Es gab noch keine polnische Volkspartei in Oberschlesien,

und die Geistlichkeit schrieb schon am 14. November 1883 an den damaligen Herrn Bischof Robert was folgt: „Mit tiefer Betrübnis sprechen wir unsere Überzeugung aus, daß, wenn der Religionsunterricht in der Schule nicht bald so geordnet werden wird, wie das göttliche Recht vorschreibt, dem gläubigen katholischen Volke in Schlesien die Gefahr droht, daß die heranwachsende Jugend dem Glauben der Väter untreu und eine Beute des Unglaubens, der umstürzlerischen Lehren, der Verrohung und Sittenlosigkeit werden wird.“

Der gleichen Ansicht war die Geistlichkeit noch im Jahre 1899 (in einer Zeit, wo von dem sogenannten „polnischen Radikalismus“ noch nicht die Rede sein konnte), als sie in einer Petition an den Kultusminister um Einführung des Religionsunterrichts in der Muttersprache folgendes schrieb: „Wir Geistlichen überreichen dem Herrn Minister die anliegende Petition nur deswegen, weil wir täglich mit tiefem Schmerz und sich mehrender Bestürzung zusehen müssen, wie das Volk in anbetracht der derzeitigen Schulverhältnisse in der religiösen Erziehung und in den sittlichen Gebräuchen zurückgeht.“

Jetzt entdeckte Herr Pfarrer Kofott einen neuen Sündenbock, auf den er die Verantwortung für die Verrohung wälzt, und er schiebt ihn zu seinem Verderben in die Wüste, — und dies soll die polnische Volkspartei sein. Die preussische Regierung wird ihm dafür dankbar sein, den Abgeordneten aber, welche den Unterricht in der Muttersprache verlangen werden, wird sie antworten: „Nach Ansicht des Pfarrers Kofott ist das Erwachen des polnischen Geistes die Ursache der Verrohung der Jugend, rottet also weiter den polnischen Geist aus, germanisiert noch tatkräftiger nach dem Rezept des Pfarrers Kassek, und wenn eure Jugend vom Zentrum und deutschen Geist durchdrungen sein wird, dann wird sie auch religiös und sittlich sein.“ Das werden die Folgen des sinnlosen Vorwurfs des Geistlichen Kofott, sein! Fürwahr, in glänzenden Farben stellt sich diese vermeintliche Verteidigung des polnischen Volkes durch schlesische Zentrumsleute, wie den Geistlichen Kofott, dar! Bei einer solchen Verteidigung wird das polnische Volk untergehen.

Hauptsächlich muß ich mich aber gegen den zweiten ganz unberechtigten Vorwurf des Geistlichen Kofott wenden, daß nämlich die polnische Volkspartei ein Feind unseres heiligen Glaubens sei. Zur besseren Beleuchtung der Sache führe ich nach der Oberschles. Ztg. die Ausführungen des Geistlichen Kofott wörtlich an: „Dann — sagte er — richtet die großpolnische Presse ihren Kampf in besonderer Weise gegen die Geistlichkeit, der sie das Vertrauen des Volkes zu entreißen sucht. Die polnischen Blätter sagen: Gehorcht dem Priester auf der Kanzel, in der Politik aber gehorcht uns. Dadurch untergraben sie natürlich das Vertrauen zur Wahrheitsliebe der Geistlichen, denn wenn der Geistliche außerhalb der Kirche dem Volke als unzuverlässiger Mensch hingestellt wird, der die Unwahrheit spricht, dann ist es klar, daß das Volk in kurzer Zeit auch auf der Kanzel den Geistlichen vertrauensvoll zu gehorchen aufhören wird.“

Wenn man einen solchen Satz liest, möchte man nicht glauben, daß ein katholischer Geistlicher im 20. Jahrhundert den Umfang seiner Aufgabe so unklar versteht und einen so engherzigen Begriff von dem Verhältnis des Volkes zu ihm hätte. So etwas kann nur in Oberschlesien vorkommen, welches an den Staat des absoluten russischen Zarsats grenzt! Aber auch dort beginnt schon die Idee der politischen Meinungsfreiheit zu keimen.

Betrachten wir die Einfälle des Geistlichen Kofott näher. Wenn der Geistliche in der Kirche, auf der Kanzel oder beim Altare in religiösen Angelegenheiten

auftritt, dann ist das Volk verpflichtet, ihm als Diener Gottes zu gehorchen. Wenn er aber außerhalb der Kirche in politischen Versammlungen auftritt, dann kommt ihm nur die Stimme eines Bürgers zu, eines den Anderen ganz gleichen Bürgers. Das Volk kann seine Ausführungen billigen und ihm Beifall klatschen, oder seine Auslassungen als unberechtigt ansehen und sie ohne den geringsten Abbruch für seinen Priester-Charakter verwerfen. Hier handelt es sich nicht um geistliche, sondern um weltliche Angelegenheiten. Mit Recht belehren also polnische Blätter das Volk, es müsse dem Geistlichen in der Kirche gehorchen, in nationalen, politischen, sozialen und gewerblichen Angelegenheiten könne es anderer Ansicht sein, als sein Herr Pfarrer, und darum steht es ihm frei, seine Stimme einem solchen Abgeordneten zu geben, der nach seiner Ansicht diese weltlichen Dinge in Land- und Reichstag besser vertreten kann. Es kommt nur darauf an, daß der Kandidat ein guter Katholik wäre und nicht die göttlichen Gesetze vergewaltige, wie das z. B. die Sozialdemokraten tun. Eine Gefahr für den Glauben besteht daher nicht in der Ansicht der polnischen Blätter über den Umfang der Rechte des Geistlichen, sondern gerade in der Anschauung des Geistlichen Kofott, nämlich, daß das Volk der politischen Ansicht des Geistlichen auch außerhalb der Kirche in rein politischen, nationalen und erwerblichen Angelegenheiten untergeordnet sein sollte. Der Geistliche verkündet in der Kirche die unfehlbare Wahrheit, d. i. das Wort Gottes, in partei-politischen Versammlungen aber setzt er seine politischen Ansichten auseinander, diese können jedoch irrig sein, denn sie sind nur menschliche Einfälle.

Unser Volk muß unbedingt im Geistlichen den Diener Gottes vom gewöhnlichen Bürger unterscheiden lernen, damit er sich nicht, wenn sich in dem Geistlichen der Mensch als Bürger irrt, an seinen Charakter als Diener Gottes wende und das Vertrauen zu den Geistlichen in religiösen Angelegenheiten nicht verliere. Kein Geistlicher wird es wagen zu sagen: „Wir vollziehen in der Kirche heilige Dinge, ihr müßt uns also als Heilige betrachten;“ ebenso kann er nicht sagen: „In der Kirche verkünden wir die unfehlbare Wahrheit, das Volk muß also unsere Anschauungen auch in weltlichen Angelegenheiten, in der Politik als unfehlbar ansehen, es muß uns als politische Führer anerkennen und sich nach uns richten aus Furcht, daß es, wenn es sich uns widersetzt, in religiösen Angelegenheiten Schaden erleiden kann.“

In der ganzen zivilisierten Welt wird das Recht der Geistlichen und des Volkes so aufgefaßt. Als z. B. in der Katholikenversammlung zu Reize ein Geistlicher aus dem Industriebezirk in einer Kommission die Berücksichtigung der politischen Wünsche der Geistlichen forderte, da widersprach dem der Redakteur des katholischen Zentrumsblattes Reizer Ztg. Herr Reize ganz entschieden, indem er ausführte, die Zentrums-partei sei keine klerikale Partei, sondern eine Partei des Volkes, mithin sollten nicht die Wünsche der Geistlichen, sondern die des Volkes maßgebend sein. Die Reizer Ztg. nimmt also den gleichen Standpunkt ein wie die polnischen Blätter, es hat sie aber noch niemand als Feind der Kirche verschrien.

Als Papst Leo XIII. in Sachen des Septenats, mithin in einer rein politischen Sache, zugunsten der deutschen Regierung auf die Zentrums-partei einwirken wollte, trat ihm der berühmte Führer der Katholiken im Kulturkampf, Windhorst, entgegen, indem er mit Recht behauptete, daß sich das Zentrum in politischen Angelegenheiten von eigenen Anschauungen und Überzeugungen leiten lasse. Niemand warf ihm damals vor, daß er dadurch das Vertrauen des Volkes zum

Apostolischen Stuhl untergrabe, und daß er ein Feind der katholischen Kirche sei.

Möge darum Herr Pfarrer Kofott die polnischen Blätter nicht verurteilen, wenn sie in politischen Angelegenheiten eine andere Ansicht vertreten wie er, umso weniger aber, wenn sie mit der Zentrums politik der Geistlichen nicht einverstanden sind.

Übrigens hat Herr Pfarrer Kofott selbst zugegeben, daß sich die Parochianen der Politik der Geistlichen widersetzen und trotzdem gute Katholiken bleiben können. Als es sich nämlich um die Wahl des Zentrums kandidaten Herrn Krolik handelte, und Herr Schubert an der Spitze der deutschen Parochianen Herrn Krolik bekämpfte, Herrn Antez aber tatkräftig unterstützte, da hatte der Geistliche Kofott in einer Versammlung erklärt, daß er Herrn Krolik öffentlich nicht empfehlen könne, weil er sich seine deutschen Parochianen abwendig machen würde. Er war also der Ansicht, daß er von den Parochianen nicht fordern könne, ihm außerhalb der Kirche in politischen Angelegenheiten zu gehorchen. Jetzt agitiert Pfarrer Kofott öffentlich zugunsten des deutschen Kandidaten Herrn Muschallik und fordert von den polnischen Parochianen Gehorsam auch in der Politik, weil das Volk, wie er in der Zentrumsversammlung ausführte, bald aufhören werde, dem Geistlichen auch auf der Kanzel zu gehorchen, wenn es ihm außerhalb der Kirche nicht mehr gehorcht.

Ich frage, woher dieses zwiefache Maß? Leider wird in Oberschlesien stets ängstlich auf eine Handvoll Deutsche, auf die Regierung u.ä.w. Rücksicht genommen, nie aber auf die Millionen des polnischen Volks; dieses soll stets gehorchen, wenn die Deutschen befehlen, denn sonst wird es schnell in den Kirchenbann getan. Hierin liegt die Gefahr für den Glauben, hier die Quelle der Unzufriedenheit mit den Geistlichen. Wenn Pfarrer Kofott auf die Gefühle der deutschen Parochianen gewissenhaft Rücksicht nahm und sich der öffentlichen Agitation enthielt, warum nimmt er da nicht auch Rücksicht auf die polnischen Parochianen? Hält er denn das polnische Volk für eine „misera plebs“, mit der man nicht zu rechnen brauche? Gott bewahre die Geistlichen vor der Befolgung seines Beispiels.

Übrigens war wohl Pfarrer Kofott nicht in der letzten Versammlung der Geistlichen zu Kandrzin, sonst hätte er nicht so engherzige Auffassungen in der Versammlung zu Tarnowitz ausgesprochen. In Kandrzin forderten die Geistlichen mit Recht, das Volk solle belehrt werden, daß der Geistliche als Diener Gottes in der Kirche etwas anderes ist, wie als Politiker in Versammlungen, damit das Volk, wenn die Geistlichen in der Politik fehlen, nicht in religiösen Angelegenheiten das Vertrauen zu ihnen einbüße. Nur klare Begriffe der Geistlichen und des Volkes von ihrem gegenseitigen Verhältnis vermögen den Glauben des Volkes unverfehrt zu erhalten. Pflicht des Pfarrers Kofott war, in der Versammlung gleich beim Beginn seiner Rede folgendes zu sagen: „Der dritte Punkt der Erklärung der Zentrumsabgeordneten fordert von uns, daß wir, von unseren Bürgerpflichten Gebrauch machend, mit unserer großen bisherigen Hilfe die Zentrums partei unterstützen. Wir Geistlichen aus dem Bentzen-Tarnowitzer Wahlbezirk sind dem Räte dieser Erklärung gefolgt und hier stehe ich vor euch, nicht als Geistlicher, sondern als einfacher Bürger, und ich setze meine rein persönlichen menschlichen Anschauungen über die laufenden politischen Fragen auseinander. Es handelt sich hier nicht um die Kirche, sondern um das Zentrum, das wir, dem Zentrumsfabe gehorsam, zu unterstützen haben. Ihr könnt meine Ausführungen als richtig anerkennen und ihnen Beifall zollen, ihr könnt sie jedoch auch, als mit der tatsächlichen Wahrheit im Widerspruch stehend, verwerfen. Darunter wird höchstens das Zentrum leiden,

euer Vertrauen in religiösen Angelegenheiten zu mir aber kann darunter nicht leiden, denn in weltlichen Angelegenheiten können wir Geistliche, wie jeder andere Bürger und Politiker, fehlen.“

Was mich anbetrifft, so glaube ich an die Wahrsamkeit der drei vom Geistlichen Kofott gegen unsere Volksbewegung erhobenen Vorwürfe nicht, daß nämlich diese Bewegung 1. Verrat am deutschen Vaterlande übe, 2. die katholische Kirche gefährde und 3. die Verrohung unserer Jugend bewirke habe und zwar glaube ich deshalb nicht daran, weil etwa Pfarrer Kofott absichtlich gelogen habe, sondern deshalb, weil er sich gegen seinen persönlichen guten Glauben geirrt hat. Wenn ich nun öffentlich ausgesprochen habe, daß Pfarrer Kofott meines Erachtens außerhalb der Kirche irrige Ansichten geäußert hat, nehme ich keineswegs an, daß das Volk daraus folgern könnte, es brauche jetzt dem Pfarrer Kofott auch auf der Kanzel nicht mehr zu glauben. So tief ist das geistige Niveau unseres Volkes nicht. Die Geistlichen dürfen Zentrums politik treiben, sie dürfen aber nicht das Zentrum mit dem Katholizismus verwechseln und behaupten, daß sich ein Katholik dem Katholizismus gegenüber veruntreut, wenn er nicht für Herrn Muschallik, sondern für Herrn Napieralski stimmt. Ich als katholischer Geistlicher würde ohne Bedenken meine Stimme nur dem Herrn Redakteur-Adam Napieralski geben.

Geistlicher Xyz.

Aus Nr. 113 des Gornoslazak (Kattowitz)
vom 18. Mai 1906:

Bilanz vom 31. Dezember 1906 für das Jahr 1905.

Aktiva.		Passiva.
—	1. Reservefonds	336,—
—	2. Spezialreserve	—
—	3. Geschäftsanteile	5 971,05
—	4. Dividende	—
—	5. a) Depositionen 170 433,55 b) zugeschr. bene Zinsen 1 286,25	173 719,60
—	6. Banken	—
10 000,—	7. Aktien	—
36,16	8. Für Mitglieder ausgelegte Gerichtskosten	—
181 899,55	9. Wechsel	—
—	10. Effekten	—
3 655,90	11. Kassenbestand	—
4 735,04	12. Verlust	—
200 326,65		200 326,65

Mitgliederzahl.

Vom Jahre 1904 sind auf das Jahr 1905 übergetreten	115 Mitgl.
Im Jahre 1905 sind hinzugekommen	83 „
Zusammen ...	198 Mitgl.
Im Jahre 1905 sind ausgetreten	7 „
Auf das Jahr 1906 treten über	191 Mitgl.
Zaborze, den 31. Dezember 1905.	

Volksbank (Bank ludowy)

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
Dr. Maximilian Hager. Karl Piecha. Johann Mainka.

Aus Nr. 60 des Polak (Kattowitz)

vom 15. Mai 1906:

Galizische Arbeiter in Oberschlesien.

Im obereschlesischen Industriebezirk fehlt es seit jeher an einem guten Arbeiter. Die Gruben wissen nicht, wo sie die notwendige Zahl von Schleppern hernehmen sollen. Es wurden Agenten in das benachbarte Galizien entsandt, woher große Massen fleißiger Arbeiter die Gruben, Hütten und Fabriken anzufüllen begannen. Die Grubenbesitzer waren mit den gesunden und kräftigen galizischen Arbeitern zufrieden.

Der Verkehr der inländischen Arbeiter mit den Fremdlingen war erträglich, weil keine nationalen und religiösen Gegensätze vorhanden waren.

Der gute Umgang der hiesigen und ausländischen polnischen Arbeiter untereinander war den schlesischen Hakatisten, die darin eine große Gefahr der Stärkung des Polentums in Oberschlesien erblickten, ein Dorn im Auge. Der Regierungspräsident aus Oppeln, Herr Holz, begann zuerst auf die Gruben- und Hüttenbesitzer einen Druck auszuüben, sie möchten an Stelle der Polen Ruthenen beschäftigen. Wo die Arbeitgeber auf die amtlichen Ratschläge und Weisungen nicht hörten, dort begannen die Behörden die Galizier auszuweisen. Unlängst wurden unter polizeilicher Begleitung 40 galizische Arbeiter, welche in der „Max“-Grube zu Michalkowitz beschäftigt wurden, über die Grenze geschafft.

Nach dem Rat der Hakatisten wurden die ankommenden Ruthenen mit offenen Armen empfangen. Ihnen folgte zwecks Abhaltung von Andachten nach griechisch-katholischem Ritus der Geistliche Hanuski, der seine Landsleute im Glauben und selbstredend auch in der Abneigung gegen die Polen befestigte. Diefem Geistlichen öffneten die Konfratres vom Zentrum, namentlich unsere größten Gegner, die Pforten der katholischen Kirchen, in welchen er für die Ruthenen besondere Andachten abhielt.

Es ist klar, daß der Verkehr der Ruthenen mit den polnischen Arbeitern des Inlandes im Laufe der Zeit unerträglich wurde. Der Unterschied des Bekenntnisses, die Unmöglichkeit sich zu verständigen und der durch sie hervorgerufene Lohnrückgang sind die Gründe, weshalb man auf sie mit Abneigung herabblifte.

Aber auch die Arbeitgeber hatten und haben Schwierigkeiten mit den Ruthenen. Schon die Zwistigkeiten unter den Arbeitern konnten auf die Arbeit nicht günstig einwirken. Dazu erwies sich das Arbeitsmaterial als ungeeignet, es war unmöglich, sich mit den Ruthenen zu verständigen, dies konnte höchstens durch Geberden geschehen, was alles Verluste in der Erzeugung und die Möglichkeit von Unfällen zur Folge hatte. Es wurde wiederum begonnen, an Stelle der Ruthenen unsere galizischen Brüder zu beschäftigen.

Um dem vorzubeugen, wurde am 16. d. Mts. eine Konferenz nach Kattowitz einberufen, die unter dem Regierungspräsidenten von Oppeln, Herrn Holz, und unter Beteiligung von Kommissaren des Ministeriums für ausländische Angelegenheiten und des Handels sowie von Vertretern der beteiligten Hütten und Gruben stattfand. In dieser Konferenz wurde über die in Rede stehende Angelegenheit geheim beraten. Bevor die gefaßten Beschlüsse bindend zu sein beginnen werden, wird sie vorher das zuständige Ministerium bestätigen. Wie wir erfahren, soll die Beschäftigung polnischer Arbeiter aus Galizien erleichtert werden.

Aus Nr. 21 der Praca (Beuthen D.-S.)

vom 22. Mai 1906:

Betrifft den Verband gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter in Oberschlesien.

Von allen Seiten gelangen Mitteilungen von Arbeitern an uns, daß die Grubenverwaltungen von ihnen Unterschriften unter verschiedenen Vorwänden verlangen, ohne ihnen anzugeben, zu welchem Zwecke diese Unterschriften dienen sollen. Wenn die Knappschäfts-Verwaltung Unterschriften von Arbeitern zu irgendwelchen statistischen Nachweisungen brauchen sollte, so hätte sie dies den Arbeitern durch Aushängung eines Plakats bekanntmachen müssen, aus welcher ersichtlich wäre, wozu sie ihrer bedarf. Indes verlieren sich die Arbeiter in verschiedenen Vermutungen, ohne zu wissen, worum es sich handelt. Auf manchen Gruben antworteten die Beamten auf die Frage der Arbeiter nach der Bedeutung dieser Unterschriften, daß dies zur Erhöhung der Invalidenpension notwendig sei, auf anderen Gruben wiederum deckten sie sich durch andere Ausflüchte, niemand sagte jedoch offen, worum es sich handelt. Trotzdem hat bereits, wie wir erfahren, ein Teil der Arbeiter auf verschiedenen Gruben ihre Unterschriften geleistet, natürlich unter dem Druck und Einfluß von Seiten der Beamten. Bei dieser ganzen Sache ist übrigens auch das bezeichnend, daß von den Herren Knappschäftsältesten bis jetzt noch keiner den Arbeitern gesagt hat, worum es sich handelt. Um die Sache zu prüfen und um zu erfahren, ob und zu welchem Zweck die Grubenverwaltungen Unterschriften der Arbeiter fordern, wandten wir uns schriftlich an das Oberbergamt in Breslau und zugleich an den Minister für Handel und Gewerbe in Berlin mit dem Ersuchen, die Sache prüfen zu lassen und etwaigen Mißbräuchen und Beeinflussungen ein Ende zu bereiten.

Bevor also eine Antwort aus Breslau oder Berlin eintrifft, die wir sofort nach Empfang bekannt machen werden, möge kein Arbeiter eine Unterschrift leisten, diejenigen aber, welche bereits unterschrieben haben, mögen die Unterschrift mit der Begründung rückgängig machen, daß sie nicht gewußt hätten, wozu sie sich unterzeichnet haben. Denn man darf annehmen, daß die Unterschriften schließlich zur Verschlechterung der Knappschäfts-gesetz-Novelle ausgenutzt werden können, die gegenwärtig noch im preussischen Landtag beraten wird. Darum Vorsicht Kameraden! Laßt euch nicht durch nichts sagende Versprechungen verleiten oder durch Drohungen erschrecken, sondern verlangt, daß man euch schwarz auf weiß zeige, wozu ihr euch unterzeichnen sollt.

Der Vorstand des Verbandes gegenseitiger Hilfe christlicher Arbeiter Oberschlesiens in Beuthen.

Krolif.

Aus Nr. 20 der Praca (Beuthen D.-S.)

vom 17. Mai 1906:

Bericht über die Tätigkeit des „Verbandes gegenseitiger Hilfe“ im Monat April 1906.

Rechtshilfe wurde erteilt und folgende Zahl von Angelegenheiten erledigt:

im Bureau zu Beuthen	617
„ „ „ Zabrze	359
„ „ „ Gleiwitz	61
„ „ „ Kattowitz	185
„ „ „ Rybnik	61

Zusammen 1283

In 4 Todesfällen wurden Mitgliedern bzw. ihren Frauen 175 Mk. Begräbnisbeihilfen ausgezahlt.
Der Vorstand des Verbandes gegen-
seitiger Hilfe christlicher Arbeiter
Oberschlesiens in Beuthen.
Krolitz.

Aus Nr. 113 des Głos Śląski (Gleiwitz)
vom 12. Mai 1906:

R u d a.

Liebe Landsleute!

Euch allen, die ihr mich kennt, ist auch bekannt, mit welchen Schwierigkeiten ich seit jeher zu kämpfen habe. Worum handelt es sich? Einzig darum, daß ich als Pole geboren wurde und es bleiben will. Bis jetzt aber verheimlichte ich es, so gut ich es konnte; es half nichts. Da ich keine Arbeit erhalten konnte, erlernte ich die Bildhauerei. Davon läßt sich aber schwer leben, wenn man keine Mittel hat, denn die Konkurrenz ist groß. Ich nahm also dazu eine Stelle als Gemeindevächter an, und ich hätte mich einigermaßen ernähren können. Leider wurde so lange auf mich ein Druck ausgeübt, bis ich auch diesen Dienst aufgeben mußte. Von da ab nehme ich den mir hingeworfenen Fehdehandschuh auf, und ich werde stets und überall für den Schutz der Nationalität eintreten. Aus diesem Grunde übernahm ich das Amt eines Kommissars des Vereins „Straz“. Daß sich dadurch meine Lage noch verschlimmern wird, das kann sich jedermann vorstellen. Ich werde mich daher an euch, liebe Brüder! Da ich mir eine gänzlich unabhängige Stellung verschaffen will, habe ich die Agentur einer alten, reellen Feuerversicherung übernommen. Vielleicht ist mancher von euch gegen Feuersgefahr noch nicht versichert. Wie viele Unglücksfälle ereignen sich, niemand kann sagen: mir verbrennt nichts. Wieviel Leute fremder Nationalität leben gerade von solchen Agenturen! Warum sollte sich nicht unjereiner auch erhalten? Wenn du, lieber Bruder, gegen einen solchen Unfall schon versichert bist, dann hast du vielleicht einen Bruder oder Freund oder einen anderen guten Bekannten, von dem du weißt, daß er noch nicht versichert ist. Du wirst einer guten Sache einen Dienst erweisen, wenn du ihn dazu überredest. Ich bitte, dich nicht durch die Entfernung abschrecken zu lassen, denn ich komme in jede, auch die entfernteste Ortschaft. Ihr zieht daraus schon den einen Nutzen, daß ich euch in der Muttersprache alle Bedingungen erkläre. Ich bitte, mir nur auf einer Postkarte Ort und Namen mitzuteilen, ich werde sofort eintreffen und die Kosten zurückerstatten. Je mehr Unabhängige wir sein werden, desto besser wird es für das Volk sein. Ich meinerseits werde mich dadurch dankbar erweisen, daß ich stets und überall dreist und offen für den Schutz der Nationalität eintreten werde.

Den geehrten Landsleuten aus Ruda und Umgegend aber teile ich freundlich mit, daß sie sich jederzeit bei mir als Kandidaten für den Verein „Straz“ melden können. Die Adresse lautet:

Philipp Pypek,
Ruda, Leostraße.

Aus dem Innern und dem Westen Deutschlands.

Aus Nr. 109 des Dziennik Berliński (Berlin)
vom 13. Mai 1906:

Polizeilicher Übermut.

Wir haben immer mehr Beweise dafür, daß die Polizei die ihr amtlich zugesandten Mitgliederlisten

politischer Vereine widerrechtlich anderen Staatsbehörden zusendet, um dadurch einen Druck auf die Arbeiter auszuüben, die in staatlichen und fiskalischen Anstalten arbeiten.

Einer besonderen Aufmerksamkeit nach dieser Richtung hin hat sich die „Straz“ zu erfreuen. Die Polizei sendet deren Mitgliederlisten allen Behörden zu, insbesondere in Oberschlesien, wo viele polnische Arbeiter in staatlichen Gruben arbeiten. Die betreffenden Listen der „Straz“-Mitglieder in Oberschlesien werden den Bergbaubeamten vorgelegt, und diese zwingen die polnischen Arbeiter zum Austritte aus der „Straz“, und zwar unter Androhung der Entlassung aus der Arbeit.

Als Beweis dafür führen wir den nachstehenden Brief an, den der Vorstand der „Straz“ von einem gewissen polnischen Bergarbeiter Oberschlesiens erhalten hat.

Der Brief legt Zeugnis ab von dem nationalen Empfinden und von der nationalen Aufklärung seines Verfassers; er lautet nach Weglassung der Wohnung und des Namens des Schreibers und einiger Worte, durch die der brave Bergmann seiner Entrüstung über die polizeiliche Schifane Ausdruck gibt, wie folgt:

Glück auf dem armen polnischen Volke!

Geehrter Herr!

„Ich mache Ihnen Mitteilung über ein trauriges Vorkommnis, das mich in der Grube betroffen hat. Am Sonnabend, den riefen mich die Beamten nach ihrem Bureau und begannen auf mich zu maulen, daß ich dem Verbands „National-Pole“ angehöre. Ich streite und sage, daß dies nicht wahr sei; da ziehen sie eine Liste hervor und sagen, daß es außer mir noch 9 Mitglieder seien. Ich stritt noch weiter, obgleich ich ganz gut wußte, worum es sich handelt; als der Beamte aber sagte: „National-Pole Straz“, na, da mußte ich mich schließlich dazu bekennen.

Man setzte mir zu ohne Maßen und gab mir zu verstehen: entweder die Arbeit, oder die „Straz“. Im Laufe von zwei Wochen soll ich den Nachweis erbringen, daß ich der „Straz“ nicht mehr angehöre.

So bitte ich Sie denn, geehrter Herr, mir diesen Nachweis, daß ich aus dem Verein „Straz“ ausgetreten bin, zu übersenden. Dadurch werden die verfluchten schwarzen Seelen das „Faterland“ nicht retten. Mögen ihre Arbeit die holen.

Auf Wiedersehen, geehrter Herr!

Ein preussischer Slave usw.

Name (N. N.)

Dieser Brief wird der polnischen Fraktion übermittelt werden mit der Bitte, die Angelegenheit beim Minister des Innern, Herrn Beethmann-Hollweg, vorzubringen, der sich im Abgeordnetenhaus ausdrücklich gegen die Verfolgungen des polnischen Volkes durch Schifane erklärt hat.

Aus Nr. 111 des Wiarus Polski (Bochum)
vom 16. Mai 1906:

Der „Polenbund“ mußte energischer an die Arbeit gehen.

In den letzten Tagen erhielten wir Briefe, in denen sich die Landsleute darüber beklagen, daß der „Polenbund“ eine bei weitem energischere Arbeit entfaltet habe, als er keinen besoldeten Beamten hatte, wie gegenwärtig, wo er einen solchen besitzt. In einem von mehreren Landsleuten unterzeichneten Briefe ist sogar zum Ausdruck gebracht, daß es sich wohl darum handelt, für den Beamten soviel wie möglich auszu-

geben, damit alsdann der „Polenbund“ gezwungen wäre, seine Tätigkeit vollständig einzustellen. Als Beweis ist angeführt worden, daß gerade die Herren Kwasniewski und Frank in Essen und Wanne für ein möglichst hohes Gehalt der Beamten gesprochen hätten und daß sie dafür gewesen wären, kein Geld zu scheuen.

Wir nehmen nicht an, daß die Mehrzahl des Vorstandes und des Aufsichtsrats des Polenbundes dafür wären, daß ein solcher Gedanke, wie der oben angeführte, Wurzeln fassen sollte, jedoch können wir die Meinungen und Ansichten nicht mit Stillschweigen übergehen, die uns in dieser Angelegenheit zu Gute kommen, und wir wollen die Aufmerksamkeit des Vorstandes und Aufsichtsrats darauf lenken.

Wahr ist es, daß in der Generalversammlung der „Straz“ vom Vorstandstische aus öffentlich gesagt worden ist, die „Straz“ werde warten, bis sich der „Polenbund“ selbst an sie wenden werde.

Auf die an uns gerichtete Frage, was der Beamte wohl in dem Bureau des „Polenbundes“ mache, können wir nicht antworten; wir raten den Fragestellern, sich an den Vorstand und Aufsichtsrat zu wenden.

Aus Nr. 109 des Dziennik Polski (Dortmund)

vom 15. Mai 1906:

In einer in Dortmund in Sachen der polnischen Seelsorge abgehaltenen Versammlung wurde die nachstehende Resolution angenommen:

1. In anbetracht dessen, daß alle durch das Kirchenkomitee unternommenen Schritte, polnische Gottesdienste zu erlangen, keinen Erfolg hatten,

2. In anbetracht dessen, daß Pfarrer Kloid auf die mit 650 Unterschriften versehene Petition um Anerkennung der polnischen Gottesdienste und Anstellung eines polnischen Pfarrers keine Antwort gegeben hat,

3. In anbetracht dessen, daß die Dreifaltigkeitsparodie $\frac{2}{3}$ polnische Parochianen hat,

4. In anbetracht dessen, daß ein polnischer Gottesdienst im Monat für eine solche große Zahl polnischer Parochianen nicht ausreicht,

protestieren wir Polen, die wir am 13. Mai 1906 in Dortmund versammelt sind, gegen ein solches rücksichtsloses Traktieren der polnischen Parochianen durch den Pfarrer Kloid, gleichzeitig beschließen wir, eine Deputation an den Dekan zu entsenden, und wenn das nichts helfen sollte, an den Bischof, daß von den an der Dreifaltigkeitsparodie angestellten 3 Geistlichen wenigstens einer ein Pole wäre.

Wir bemerken, daß wir gezwungen sind, zwecks Erlangung eines polnischen Seelsorgers und polnischer Gottesdienste energische Schritte zu unternehmen, wenn die geistliche Behörde unsere berechtigten Forderungen nicht berücksichtigen sollte.

Sozialdemokratisches.

Aus Nr. 41 der Gazeta Robotnicza (Kattowitz)

vom 23. Mai 1906:

Einladung zur Konferenz.

Sonntag, den 3. Juni 1906 findet die diesjährige Konferenz der polnisch-sozialdemokratischen Partei für Rheinland und Westfalen im Büttmannschen Lokale zu Oberhausen, Mülheimerstraße 185, statt.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Bericht des Komitees.
2. Bericht über den Parteitag der P. P. S.
3. Organisation und Agitation.

4. Unsere Presse.

5. Wahl des Komitees und der Kontrollkommission.

6. Anträge.

Als Delegierte der Konferenz kann nur derjenige anerkannt werden, welcher ein von mindestens 5 Genossen unterschriebenes Mandat hat. Jeder Delegierte muß mit einer Legitimationskarte seines Vereins oder mit der Karte einer losen Organisation, dort, wo ein Verein der P. P. S. nicht besteht, versehen sein.

Das rheinisch-westfälische Komitee.

Aus dem Auslande.

Aus Nr. 205 des Slowo Polskie (Lemberg)

vom 10. Mai 1906:

Der Vertrag vom Jahre 1879.

Wir werden wohl nicht fehl gehen, wenn wir behaupten, daß Wilhelm II. deshalb nach Wien reist, um sich zu vergewissern, ob Österreich-Ungarn entschlossen ist, die Verpflichtungen zu halten, welche es auf Grund des Art. II des Vertrages vom Jahre 1879 für den Fall eines Koalitionskrieges oder auch nur eines Krieges der Westmächte gegen Deutschland eingegangen war. Dann wird nämlich die Konstruierung der Eventualität, Rußland bedrohe Deutschland durch militärische Maßnahmen (Verlegung von 2 oder 3 Armeekorps aus der Mitte des Kaiserreichs nach dem Königreich Polen) nicht schwer halten.

Von vornherein muß gegen die Nachgiebigkeit der österreichisch-ungarischen Diplomaten Deutschland gegenüber Einspruch erhoben werden. Der bevorstehende Krieg wäre ausschließlich die Folge der deutschen Intrigen, welche gegen die Herrschaft Englands zur See gerichtet wären und die politisch-wirtschaftliche Eroberung der Türkei, namentlich der asiatischen, anstrebten. Österreich-Ungarn kann als Staat nicht den Wunsch haben, daß Deutschland, die erste Macht zu Lande, auch eine Macht zu Wasser werde. Ferner kann Österreich-Ungarn als ein wirtschaftlicher Organismus die wirtschaftliche Eroberung Kleinasiens durch Deutschland nicht dulden. Endlich kann den Völkern Österreich-Ungarns, mit Ausnahme eines Teiles der Deutschen, das Wachsen des Deutschen Reiches, eines dem Kult der rohen Gewalt huldigenden, der menschenfreundlichen Gefühle baren, die wahre Zivilisation mit Füßen tretenden Staates nicht sympatisch sein.

Wilhelm II. mußte in Wien keine neuen Verpflichtungen, welche den Umfang des Vertrages vom Jahre 1879 noch erweiterten, erhalten.

Aus Nr. 217 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 17. Mai 1906:

Wilhelm II. und die Ungarn.

Lemberg, den 16. Mai.

Der für den Anfang Juni angekündigte Besuch Kaiser Wilhelms in Wien rief in der ganzen europäischen Presse Sensation hervor, die darüber gepflogenen Erörterungen aber führten zu dem Ergebnis, daß ihm einmütig eine demonstrative antiitalienische Bedeutung beigegeben wurde.

Interessant dagegen ist die Stellung, welche die Ungarn diesem Besuche gegenüber eingenommen haben.

Es ist noch garnicht lange her, denn vor kaum zwei Jahren, daß in Ungarn, als die ungarische Opposition sich zum Kampfe gegen die Krone vorbereitete, Hals über Kopf Sympathien für die Hohenzollern „gemacht“ wurden. Den Habsburgern zum

Trotz! Es war laut davon die Rede, daß nach der Losstrennung Ungarns von Österreich die ungarische Nation einen der Söhne Wilhelms auf den Thron berufen werde und man gab sich der Hoffnung hin, daß Wilhelm den Ungarn für dieses Versprechen bei ihren Bemühungen behilflich sein werde. Diese naiven Berechnungen gingen nicht in Erfüllung. Kaiser Wilhelm ließ zwar einen seiner Söhne ungarisch lernen, ebenso wie er einen anderen Sohn die chinesische Sprache lernen ließ, er rührte jedoch auch nicht einen Finger, um den Ungarn zu helfen, im Gegenteil, er beeinflusste obendrein noch den Kaiser Franz Josef, damit dieser hinsichtlich der Kommandosprache in der Armee Ungarn keine Zugeständnisse mache. Deshalb wendete sich, nach der einstweiligen Wiederherstellung des Einvernehmens mit ihrem Könige, die ganze Abneigung der in ihren Hoffnungen getäuschten Ungarn gegen Wilhelm. Sie erinnerten sich auf einmal, daß ihr größter Nationalheld, Ludwig Kossut, einst Gastfreundschaft auf italienischem Boden genossen hatte, als er nach Unterdrückung der Revolution seine Heimat hatte verlassen müssen. Man überzeugte sich plötzlich, daß Italien der einzige natürliche Bundesgenosse Ungarns in seinem Kampfe gegen Österreich eine anti-italienische Kundgebung sein soll, deshalb „fort mit Wilhelm!“ tönt es in der ungarischen Presse.

Die amtlichen Blätter schweigen natürlich, aber die selbständigen Organe der Regierungsmehrheit fargen nicht mit offen gegen die Deutschen und den Dreibund gerichteten Erklärungen. „Der Dreibund“ — bemerkt der „Budapesti Hirlap“ — hat in Ungarn seine ehemalige Bedeutung verloren. Er ist gegenwärtig eine amtliche Doktrin, aber kein nationales Erfordernis. Deutschland ist in Europa vollständig isoliert und es wird nicht leicht fallen, die ungarischen Sympathien auf dem Wege über Wien wiederzugewinnen. übrigen haben wir aus unserer schweren Krisis die Lehre davongetragen, daß unsere Entschlüsse nicht von glänzenden Szenen und Toasten, sondern von den großen Nationalinteressen abhängig sind.“

Noch deutlicher tritt die Abneigung in dem einflußreichen „Egyetemes“ in die Erscheinung. „Die Ungarn“ — schreibt das Blatt — wissen, was sie von dem deutschen Kaiser halten sollen. Sie betrachten ihn als ihren Feind und die Mehrheit der ungarischen Nation ist nach dem, was vorgefallen ist, mit feindlichen Gesinnungen gegen ihn erfüllt. Weder seine Phrasen noch Posen werden irgendjemanden bei uns mehr täuschen. Für uns bildet der Austritt aus dem Bündnis mit Deutschland eine Lebensfrage und die Unabhängigkeitspartei wird nicht verfehlen, dies in den Delegationen hervorzuheben. Kaiser Wilhelm kann Wien besuchen, so oft es ihm beliebt; der König kann ihm seine Freundschaft nach Belieben entgegenbringen, wir aber erblicken in ihm unseren Feind. Wir kennen keine Veranlassung zur Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland. Rußland ist uns auf dem Balkan nicht gefährlich, dagegen ist Deutschland dort unser Mitbewerber und mischt sich in die dortigen Verhältnisse mit einer Energie ein, die Rußland niemals gezeigt hat.“

Lieber spät als niemals und es freut uns sehr, daß die heißblütigen Magyaren von ihren Sympathien für die Hohenzollern und die Preußen so schnell geheilt wurden.

übrigen kann Wilhelms Verlust der ungarischen Sympathien außer der theoretischen Bedeutung auch sehr ernste politische Folgen haben. Namentlich wurde in Ungarn gegenwärtig eine mächtige Agitation gegen den Dreibund begonnen. Letzterer gehört nicht zu den im Vertrage vom Jahre 1867 miteinbegrienen Punkten und die Ungarn werden in den Delegationen entschieden

gegen das Bündnis mit Deutschland auftreten, ohne die vor einem Monate mit der Krone eingegangene Vereinbarung zu brechen.

Aus Nr. 99 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 1. Mai 1906:

Drohende Lage.

Verschiedene Umstände sprechen dafür, daß in Berlin neue, nichts Gutes ankündigende Pläne und Absichten geschmiedet werden, Pläne, welche für das Polentum im preußischen Anteil geradezu gefährlich werden können. Auch sonst gestaltet sich übrigens unsere Lage immer schwieriger und fordert von der ganzen Gesellschaft und von jeder Person einzeln widerstandsfähige Energie. Gleich zu Anfang des laufenden Schuljahres wurde der fakultative polnische Sprachunterricht auch in den wenigen Schulen aufgehoben, in welchen er noch auf Grund des einzigen Regierungszugeständnisses aus der Zeit der Versöhnungspolitik erteilt wurde. Die Boykottierung des polnischen Handels und der polnischen Industrie wird immer rücksichtsloser.

Gleichzeitig aber fangen Staatsanwaltschaft und Gerichte immer häufiger an, die Organe der polnischen Presse zur Verantwortlichkeit und zur Bestrafung zu ziehen, welche die Allgemeinheit auffordern, daß sie angesichts des deutschen Boykotts ausschließlich die polnischen Unternehmungen unterstütze. Die katartische Presse behauptet fortwährend mit der Miene eines Unrecht leidenden Opferlammes, daß nicht die Deutschen die Polen, sondern die Polen die Deutschen boykottieren. Die Richtigkeit dieser Behauptung beleuchtet treffend eine Urkunde, welche den Redaktionen einiger polnischer Blätter in die Hände gefallen ist und von diesen jetzt veröffentlicht wird. Es ist dies eine Rundverfügung der Ansiedelungskommission an die Verwalter der von ihr angekauften Güter, folgenden Inhalts:

„Bei uns laufen sehr häufig Beschwerden darüber ein, daß die Herren Verwalter ihre landwirtschaftlichen Bedürfnisse oftmals in polnischen Geschäften befriedigen, polnische Handwerker beschäftigen, obwohl sie Gelegenheit haben, alles in deutschen Geschäften einzukaufen und deutsche Handwerker zu beschäftigen. Ein derartiges Verfahren widerspricht den Zielen der Ansiedelungs-Kommission.“

Ich erwarte entschieden, daß in Zukunft alle Wirtschaftsbedürfnisse, soweit dies irgend nur möglich ist, in deutschen Geschäften gekauft werden. Ich werde kontrollieren, ob dieser Verfügung Genüge geschehen ist. Gleichzeitig gebe ich der Hoffnung Raum, daß die Herren Verwalter die Bedürfnisse ihres eigenen Hausstandes in deutschen Geschäften decken werden.

Es ist gleichfalls von großer Wichtigkeit, daß sie fortwährend die Aufmerksamkeit der Ansiedler darauf lenken, daß es ihre Nationalpflicht ist, deutsche Kaufleute und Handwerker zu unterstützen. Die Existenz einer ganzen Reihe deutscher Unternehmungen hängt in vielen Fällen von der Unterstützung seitens der Ansiedlerkundschaft ab; leider fehlt es oftmals den Ansiedlern an dem Nationalgefühl, welches ihnen den Einkauf in polnischen Geschäften nicht gestattet.

Es ist deshalb Pflicht der Herren Verwalter, sie an die Nationalpflicht zu erinnern und in dieser Hinsicht aufzuklären. Gleichzeitig sind sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ansiedler, welche dieser Pflicht nicht nachkommen, auf keinerlei Unterstützung seitens der Ansiedelungs-Kommission zu rechnen hätten usw.

In dieser Weise also boykottiert die Ansiedelungskommission die polnischen Kaufleute und Industriellen. Angesichts dessen wird jeder Pole im preußischen Anteil, welcher noch die Schwelle eines deutschen Geschäfts oder einer deutschen Werkstatt überschreitet, um dort seine Bedürfnisse zu befriedigen, sich geradezu eines nationalen Verbrechens schuldig machen. Die Hinweisung auf diese Pflicht, sowie die Unterstützung der von dem Boykott bedrohten polnischen Unternehmungen ist eine der Pflichten des Strazvereins. Ob er sie aber gehörig wird erfüllen können, wenn er nicht imstande sein sollte, sich das allgemeine Vertrauen zu erwerben?

Aus Nr. 222 des Slowo Polski (Lemberg)

vom 20. Mai 1906:

Die Dickfelligkeit der preußischen Polizei.

Die preußische Polizei in Posen hat am Sonntag, den 13. d. Mts., wieder in vollstem Umfange ihre Dickfelligkeit bewiesen, die voreinander und vor nichts Achtung hat. Bei dem Vater des Czeslaus Desperack, des ehemaligen Redakteurs der Gwiazda in Beuthen, welcher zu mehrjähriger Gefängnisstrafe wegen Preßvergehens verurteilt wurde und sich zurzeit in Lemberg aufhält, dem in Posen wohnenden Stanislaus Desperack, erschienen am Sonntag, den 13. d. Mts., vormittags 10 Uhr, zwei geheime Polizeikommissare und verhafteten ihn im Auftrage der Beuthener Staatsanwaltschaft. In das Gefängnis überführt, konnte er erst in einer Stunde beweisen, daß er nicht der gesuchte Redakteur, sondern dessen Vater sei.

Die Beuthener Staatsanwaltschaft erließ die betreffende Verfügung in der Voraussetzung, daß der Cz. Desperack sich schleunigst von Lemberg nach Posen begeben werde, um seiner am Freitag verstorbenen Mutter, deren Begräbnis am Montag stattfinden sollte, den letzten Liebesdienst zu erweisen.

Auch bei dem Begräbnis konnte die preußische Polizei nicht unterlassen, ihre Taktlosigkeit nachdrücklich zu beweisen. Mehrere Schutzleute mit dem Revier-Kommissarius an der Spitze stellten unter dem Gefolge Ermittlungen an, revidierten sogar Droschken und insbesondere die, in welcher der greise, fast 100 jährige Großvater des Redakteurs, der Vater der Verstorbenen, Platz genommen hatte.

Soll ein derartiges Verhalten der Polizei ein Zeichen der höheren Kultur sein?!

Aus Nr. 219 des Dziennik Polski (Lemberg)

vom 18. Mai 1906:

Das polnische Theater in Posen gefährdet.

Aus dem Theaterbureau in Posen ging den Posener Blättern das nachstehende Schreiben zu: „Eine traurige Nachricht müssen wir unseren Freunden des polnischen Theaters bringen: In dem Gartenlokal „Wilhelmshöhe“, welches vor zwei Jahren zu einem Sommertheater angekauft wurde, gestattet die hiesige Polizeibehörde auch nicht eine einzige Theatervorstellung! Es erübrigt, mehr Kommentare darüber zu schreiben. Die Schauspieler haben, nachdem sie schließlich die Hoffnung verloren, daß sie hier länger ehrlich ihr Brot verdienen können, beschlossen, am 15. d. Mts. Posen zu verlassen und zum Herbst nicht mehr zurückzukehren; wenigstens werden wir den größeren Teil der jungen, fähigen Kräfte nicht mehr

wiedersehen. Die Theaterdirektion erleidet durch einen derartigen Abgang einen großen Schaden. Das mit ungeheurer Mühe, durch zweijährige Übungen und Proben harmonisch zusammengefügte Personal wird auseinanderstieben und es wird schwer halten, ein neues Ensemble in der jetzigen Zeit aufzubringen, weil die russische Regierung die Eröffnung ständiger polnischer Theater in dem Königreich Polen und in Litauen gestattet. Dorthin werden sich alle fähigen Schauspieler begeben, und sie werden gesucht. Dagegen läßt sich nichts machen. Jeder Mensch will eine sichere Existenz und freie Arbeit haben, hier aber hat er sie nicht.

Aus Nr. 111 der Nowa Reforma (Kraſau)

vom 17. Mai 1906:

Die Adresse an den Thron.

Wir, als Polen, haben das Recht, zu verlangen, daß in der Adresse an den Thron Land und Leute, welche unter den verschiedenen Volksstämmen Rußlands sowohl in kultureller als auch in staatsrechtlicher Hinsicht eine Ausnahmestellung einnehmen, einer besonderen Erwähnung gewürdigt werden.

Die Adresse an den Thron stellt uns auf die gleiche Stufe mit Grusiern, Persern und Jakuten. Sie räumt uns zwar gleich jenen Nationalrechte, deren wir beraubt waren, ein, und indem sie uns gleichzeitig mit den Bürgern von ganz Rußland auf dieselbe Stufe stellt, fordert sie für uns Freiheitsrechte, die nicht schlechter sind als jene, — aber schon allein die Benachteiligung des Königreichs bei den letzten grundsätzlichen Gesetzen hätte genügenden Grund zu dem Verlangen nach Ausgleichung unserer Benachteiligung anlässlich einer so geradezu geschichtlichen Gelegenheit, wie die erste Adresse des ersten russischen Parlaments an den Thron es ist, bieten müssen.

Wir haben jedoch keine Veranlassung, dem Gerechtigkeitsgefühl der Duma und ihrer fortschrittlich-liberalen Mehrheit vorzugreifen. Auf Grund dessen, was in der Nabokowschen Adresse gesagt wurde, kann uns in vieler Hinsicht Gerechtigkeit zuteil werden, wenn es bei der Bemessung der nationalen Rechte ehrlich und verfassungsmäßig zugeht.

Jedenfalls müßte es Aufgabe der polnischen Abgeordneten in der Duma sein, dafür zu sorgen, daß die polnische Sache nicht in ein zimperliches Schweigen gehüllt werde, daß sie nicht in dem Wust der allgemeinerussischen Angelegenheit untergehe. Wir begreifen es wohl, daß die polnischen Abgeordneten nicht gleich zu Anfang der Duma einen Konflikt vom Zaune brechen wollen; es wäre aber auch nicht angebracht, die Duma daran zu gewöhnen, die polnischen Angelegenheiten hintanzusetzen. Eine derartige Taktik rächte sich bereits sehr bei vielen polnischen Delegationen und machte viele unserer nationalen Interessen zunichte.

Aus Nr. 68 des Dziennik Narodowy (Chicago)

vom 31. März 1906:

Worin beruht unsere Hoffnung?

In einer privaten Versammlung, in welcher in freier Aussprache alle wichtigeren Tagesfragen besprochen wurden, fehlte es auch nicht an allgemeinen Betrachtungen über die Nationalisten, die Alten und Jungen, die Polinnen, Sokols, Sänger und die pol-

nischen Kaufleute. Der eine schnitt dies Thema an, der andere jenes. Die einen schauten durch eine rosenfarbene Brille in die Zukunft, die andern durch eine schwarze. Die einen prophezeiten, daß es nach 20 Jahren unter den Polen nur eine einzige gewaltige nationale Partei geben würde. Die andern rangen verzweifelt die Hände und behaupteten, daß unsere Volksgeamtheit den nationalen Angelegenheiten immer gleichgültiger gegenüberstände.

Kaum waren aber diese Worte gefallen, als der Direktor einer polnischen Organisation, der bisher geschwiegen hatte, mit lauter Stimme erklärte:

Das ist nicht wahr! Wir Alten lieben heute Polen mehr, als wir es vor Jahren geliebt haben. Aber unser ganzes Unglück beruht darin, daß unsere Jugend der nationalen Sache gleichgültig gegenübersteht!

Als diese Worte gefallen waren, wagte keiner ihm zu widersprechen. Grabesstille herrschte in der bisher so lebhaft gewesenen Versammlung. Es war klar, daß jener Bürger die Wahrheit gesprochen hatte.

Und doch ist unsere Jugend ebenfalls zur Arbeit berufen in einer Volksgeamtheit, deren jüngstes Reis sie ist, ebenso berufen, wie es die ältere Generation war, die heute schon auf dem nationalen Gebiete tätig ist. Also muß sich die Jugend über die Rolle klar werden, die ihr zugefallen ist, damit sie in nicht allzu ferner Zeit würdig das Erbe antreten und den polnischen Namen würdig vertreten kann.

Erlaube, daß ich ein zwar alltägliches, von dir aber vielleicht selten verstandenes Beispiel anführe: Komm mit mir bei Beginn des Frühlings auf die Felder! Was siehst du dort? Ruhig und regelmäßig reißt der Pflug Furchen in die ihm sich geduldig ergebende Erde. Ohne Widerstand nimmt sie das Korn auf, das die geschickte Hand des Ackermannes in die Erdschollen geworfen hat, bedeckt es mit sich selbst und läßt es erst allmählig an das Licht des Tages treten. Das Getreide wird grün, es strebt der Sonne entgegen, es beugt sich vor dem Sturm, es senkt die volle Ähre dem Erdboden zu, als wollten es dankbar die Mutter Erde begrüßen, die die Frucht genährt hat, es überliefert sich dem Menschen zum Nutzen, es erhält seine Existenz, seine Kraft, es wird sein Brot.

* * *

Nicht anders verhält es sich mit der menschlichen Rolle. Du, o Jugend, bist die Frühlingscholle, die Arbeit deiner Erzieher ist das mühselige Beackern, durch welches die Furchen ausgeworfen werden für die Saatkörner der Lehre und der guten Sitten; das Saatkorn das von der aufgepflügten Furche gerne aufgenommen, mit Liebe und Vertrauen umhüllt wird, soll mit der Zeit Früchte von edelmütigen Taten tragen.

Dem Alter ist die Vorbereitungszeit zur späteren Selbständigkeit ein sehr wichtiger Augenblick, der, wenn er einmal gemißbraucht ist, zum zweiten mal im Leben nicht wiederkehrt.

Die Jugend ist die Reserve und die ganze Hoffnung der Nation. Deshalb wird auch keine Nation, die um ihre Existenz besorgt ist, ihre Jugend, ihre Zukunftssaat untergehen lassen. Mit der Jugend wächst die Ausbesserung der jetzigen Fehler heran, in ihr liegt die Verjüngung auf allen Gebieten, in ihr beruht die Hoffnung auf ständigen Fortschritt, wenn sie allseitig entwickelt, bewußt ihrer Sendung ist, dann wird sie sich auch bereitwillig zu der bürgerlichen Arbeit stellen.

* * *

Ist denn nun aber unsere Jugend bereit zu dieser Arbeit? Eifert denn unsere Jugend jener alten nationalen Garde nach, die vor 25 Jahren den polnischen Nationalbund gründete, mit der Absicht, diese Organisation zur Grundlage der nationalen Arbeit in der Fremde zu machen?

Auf diese Frage muß die Jugend antworten. Aber diese Antwort muß durch die Tat gegeben werden, nicht mit leeren Worten. Zeiget, was ihr liebt und was ihr getan habt, und dann wird die Volksgeamtheit eure Arbeit schätzen und anerkennen.

Und dieser Arbeit steht ein so weites, ein so vorzügliches Feld offen. Ihr habt doch erst unlängst gesehen, daß ein edler Gedanke stets unsere ganze Volksgeamtheit begeistert. Sie liebt das Vaterland und begehrt für die nationale Sache zu arbeiten. Man braucht nur das Saatkorn in unsere polnische Scholle in Amerika zu werfen und es wird Früchte tragen, ehe sich der Mond einmal um die Erde gedreht hat.

* * *

Aber wenn man manchmal zusieht, wie unsere Jugend sich die Zeit vertreibt, so kann man sich nicht wundern, wenn öfter solche Stimmen laut werden, die ähnlich den Worten unseres Landsmanns sind: „Die Jugend steht der nationalen Sache gleichgültig gegenüber!“ Fast alle polnischen Organisationen haben nur ältere Leute als Mitglieder. Jünglinge wird man dort nur sehr selten erblicken. Die meisten befinden sich im polnischen Nationalbunde, wo doch außer der Idee und dem Zahlen von Beiträgen die Jugend kein weiteres Arbeitsfeld hat. Alle anderen Organisationen aber, deren Arbeit gerade von Jünglingen geleistet werden müßte, führen nur ein schwundfüchtiges Dasein. Die Gesangsvereine gehen zurück. Militärische Organisationen sind unter der Jugend nicht vorhanden. Liebhavervorstellungen werden nur wenige arrangiert. Von gemeinsamen Zusammenkünften und Besprechungen ist nicht die Rede. Es gibt nicht einmal Klubs, in denen die Jugend einige Stunden bei gemeinsamer Aussprache verbringen könnte, in denen sie nach einem bestimmten Plan sich zugleich vergnügen und belehren könnte. In dieser Hinsicht beschämen unsere Polinnen die Jünglinge. Einen solchen Gesangsverein, wie ihn unsere Jungfrauen in der „Morgenröte“ haben, besitzen die Jünglinge nicht

* * *

Also erwache o Jugend! Sieh um dich, blicke auf deine Väter und deine älteren Brüder. Sie kamen hier an, gleichsam aus der ägyptischen Sklaverei, entflohen der moskowitzischen oder der deutschen Peitsche, und keiner spannte sie zur nationalen Arbeit an. Und dennoch erbauten sie so vieles und das alles, obwohl ihr Kreuz sich bog bei der Arbeit zum Unterhalt ihrer Familien.

Die weitere Arbeit liegt dir ob, o Jugend. Die Fundamente stehen und die schwierigsten Arbeiten sind bereits ausgeführt. Der weitere Ausbau ist deine Sache. Wenn du ihn vernachlässigst, dann werden die Fundamente schlecht werden und die Arbeit von Jahrzehnten wird verloren sein.

Bereinige also, o teure Jugend, deine jungen Kräfte. Entfalte das Banner, auf dem die Losung der wahren und ernstesten nationalen Arbeit leuchtet. Und mit den so vereinten Kräften wirst du das uns so teure, heute so unglückliche Vaterland glücklich machen, — ohne dich dagegen wird es zum zweiten male untergehen.

Aus Nr. 75 des Dziennik Chicagoski (Chicago, Ill.)

vom 3. April 1906:

**Der nationale Gedenktag des 1. April.
(1656—1906).**

Die Verehrung der Gottesmutter hat in allen Ländern ein gewisses nationales Gepräge angenommen, eine ganz besondere Rolle jedoch spielte sie im Leben Polens.

Eine allgemein bekannte Tatsache ist es, daß das polnische Heer mit dem Gesange „Gottesgebärerin“ in die Schlacht zog, — der polnische Edelmann summt hinter dem Pfluge herschreitend ein Loblied auf sie; und wenn er die Pflugschar mit dem Schwerte vertauschte, dann nahm er den Rosenkranz mit sich. Unsere Hetmanns schmückten die Klingen ihrer Schwerter mit Bildnissen der Gottesgebärerin und unser Landbewohner zierte seine Hütte mit dem Bilde der Gottesmutter. Wie viele Heiligtümer und Altäre hat die Frömmigkeit unserer Vorfahren zu Ehren der reinsten Jungfrau aufgestellt. —

Gott hat deshalb auch unsere heiße Verehrung der allerheiligsten Mutter reichlich belohnt, indem er es berühmt machte durch viele Bilder voller Wunder und außergewöhnlicher Gnaden. Polen kann in der Tat rufen: „Non fecit taliter omni nationi“. (Ps. 143).

Seit mehr als hundert Jahren stöhnt die Nation unter dem Druck der Sklaverei. Ströme von Blut flossen für die Wiedererlangung der Freiheit, die Gefängnisse der Bedrückten füllten sich mit nationalen Helden. Die Nation jedoch verliert nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, sondern dies Gefühl wird im Gegenteil mächtiger, denn es wird unterstützt durch das Vertrauen auf die Barmherzigkeit Gottes und die allmächtige Hilfe der Gottesgebärerin.

„Vor deine Altäre tragen wir unser Flehen,
die Freiheit, o Herr, gib uns wieder!“ —

Im Jahre 1656 befand sich Polen ebenfalls in einer traurigen Lage, in der schwedischen Sklaverei. In Krakau und in Warschau machte sich der Schwede breit.

Eine Burg errettete uns vom Untergange, zwar dem äußeren Ansehen nach klein, jedoch mit einer übernatürlichen Kraft begabt. Einige fromme Mönche, eine Handvoll Edelleute und Frauen, das war die ganze Besatzung. Der Schwede richtete sogar schwere Geschütze gegen die Mauern von Jasna Góra.

Die Gottesgebärerin hatte sich gerade diese Stelle zu ihrem Wohnsitz ausersehen; — wie kann man sich also wundern, daß der Feind schmachvoll abziehen mußte. In ganz Polen wurde die Wundermär verbreitet: Die Mutter Gottes von Czestochowa hat den Feind besiegt. — Das Vertrauen auf die Hilfe der Jungfrau Maria elektrifizierte die ganze Nation.

Der König Johann Kasimir marschierte in Polen ein und begab sich geradenwegs nach Lemberg. Hier steht er inmitten einer tausendköpfigen Menge und in Gegenwart des päpstlichen Nuntius Gott um Hilfe an, tritt sein Königreich an die Jungfrau Maria ab, und legt die heute allen bekannten Gelübde ab. Die Rührung war groß, alle Herzen füllten sich mit Mannesmut und Kühnheit, zugleich aber auch mit dem Glauben an die Barmherzigkeit Gottes und mit Vertrauen auf den Beistand der Himmelskönigin.

Auch der päpstliche Nuntius, von gleichen Gefühlen befeelt, stimmte dreimal den neuen, bis dahin unbekannten Ausruf an: „Königin der Krone Polens“, und tausende von Stimmen antworteten hierauf mit Rührungstränen „Bitte für uns“.

Und es siegte die Nation — sie warf von sich das schmachvolle Joch der Sklaverei, jagte die Feinde aus dem Vaterlande, jene Feinde, die schon damals den Plan einer Teilung Polens entworfen hatten. Am 1. April waren es 250 Jahre seit jenem denkwürdigen Vorgang, und wir befinden uns dennoch wieder in der gleichen Sklaverei wie damals. Die Feinde haben über Polen das Todesurteil ausgesprochen und über die polnische Nation den Vernichtungsspruch.

Und es könnte scheinen, als ob der Himmel uns verlassen hätte!

Wunderbar und unerforschlich sind Gottes Wege. — Es kommt den Menschen nicht zu, sie zu erforschen, sondern sie haben sich in tiefster Demut Gott zu unterwerfen.

Man spricht heutzutage viel von den nationalen Sünden, für die uns Gott gestraft hat. Ich dagegen wage es auszusprechen, daß Gott bei dem Falle Polens seine Pläne hatte, die wir zu erraten nicht imstande sind. „Et indicia sua non manifestavit“, sagt der Psalmist.

Welches auch immer die Gründe zu unserm Untergang gewesen sein mögen, so vertrauen wir dennoch auf Gott, daß er es nicht will, daß wir gänzlich untergehen. Er gestattete es, daß wir in kritischen Zeiten die Mutter seines göttlichen Sohnes zur Königin Polens krönten, er gestattete es, daß wir unter ihrem Szepter herrliche Zeiten erlebten.

Er ließ auf uns schmerzliche Schläge niederfallen, aber er wird dem Reiche Marias keine Schmach auferlegen.

Um das Jahr 1870 entstand die Bruderschaft der Königin der Krone Polens, die den Zweck hatte, die Gelübde Johann Kasimirs zu erfüllen und den Landsleuten die aus ihnen entspringenden Pflichten ins Gedächtnis zurückzurufen.

Die Bruderschaft beging ihre Feierlichkeiten stets am ersten Sonntag im April. Da dieser jedoch meist in die Fastenzeit fiel, ja sogar in die Woche, so verlegte der heilige Vater Leo XIII. diese Feierlichkeit auf den ersten Sonntag im Mai, und er erteilte der Bruderschaft zahlreiche Ablassse. Leo XIII. bestätigte ebenfalls den Ausruf: „Königin der Krone Polens, bitte für uns!“ und er gestattete ihn in die lauretanische Litanei aufzunehmen. Die polnischen Priester mußten hieraus Nutzen ziehen; man tut dies auch praktisch in Galizien und im Posenischen.

Polen befindet sich in den allertraurigsten Umständen, die Nation lebt in fast verzweifelter Verhältnissen, aber wann sollten wir es auch verstehen am lebendigsten zu glauben und am innigsten zu beten, wenn nicht in den Augenblicken der Gefahr und der Not!

Wenn wir also an diese historische, in unserer Geschichte so überaus berühmte Tat denken, dann wollen wir voll Bußgefühl rufen:

„Vor deine Augen, o Herr, tragen wir unsere Sünden“, und glaubensvoll und mit Vertrauen beten wir die Worte:

„Vor deine Altäre tragen wir das Flehen,
das Vaterland, die Freiheit gib uns wieder
o Herr!“

Königin der Krone Polens, bitte für uns!

Wenn der erzürnte Vater schlägt, ist der glücklich,
der zur Mutter flüchten kann.

Begehen wir den denkwürdigen Tag würdig. Die polnische Geistlichkeit kann am Tage des Dekrets Leos XIII. mit Erlaubnis ihrer Bischöfe am ersten Sonntag im Mai einen feierlichen Gottesdienst abhalten.

Möchte doch die polnische Presse diesen Gedanken unterstützen.

L. Zandy.

Montreal, Can, den 29. März 1906.

(Wir erinnern in den letzten Tagen des April in dem Dziennik Chicagoski fast alljährlich daran.—DieRedaktion).

Aus Nr. 89 des Dziennik Narodowy (Chicago)

vom 26. April 1906:

Wie viele polnische Zeitschriften gibt es in der ganzen Welt?

Nach den neuesten Zählungen erschienen im Jahre 1905 zusammen 600 polnische Zeitschriften in Europa und Amerika. In dieser Zahl sind 546 selbstständige Zeitschriften und 54 Schriften, die als Beilagen erscheinen, enthalten. Die Zeitungen verteilen sich folgendermaßen auf die einzelnen Länder:

Es erscheinen:

im Königreich Polen...	142
in Rußland	1
in Galizien	146
in Österr.-Schlesien....	15
in Deutschland	130
in der Schweiz	1
in Frankreich.....	3
in England	4
in Italien	3
in Amerika	52

polnische Zeitschriften.

In der Reihe der Städte, die den Hauptsitz der journalistischen Tätigkeit bilden, nimmt Warschau, wo 126 polnische Zeitschriften erscheinen, den ersten Platz ein. Es folgen der Reihe nach:

Lemberg mit	107
Krakau mit	87
Posen mit	38
Chicago mit	16
Thorn mit	11
Beuthen mit	8
Graudenz mit	7
Bochum mit	6 usw.

Zweimal täglich erscheinen zwei Zeitungen. Die Zahl der eigentlichen Tagesblätter beträgt 54. Dreimal erscheinen 17, zweimal wöchentlich 12, einmal wöchentlich 216 Zeitschriften. Alle 14 Tage erscheinen 10, monatlich 144, vierteljährlich 16, jährlich 12 Zeitschriften. In unregelmäßigen Zwischenräumen erscheinen 13 Zeitschriften.

Die Anfänge der Entwicklung der polnischen Presse reichen in das Jahr 1661 zurück, in welchem in Krakau die erste periodische Zeitschrift „Mercuriusz polsko-ordynachyny“ herausgegeben wurde. Im Jahre 1677 existierten in ganz Polen 4 Zeitungen, 1760 waren es 13, 1820 nur 5, im Jahre 1838 existierten 77, im Jahre 1850 96, 1870 134, 1884 230, 1897 354 und das Jahr 1905 weist 600 polnische Zeitschriften auf.

Aus Nr. 93 des Dziennik Narodowy (Chicago)

vom 1. Mai 1906:

Aus dem Leben der Polen in Amerika.

St. Louis.

Schon lange hat man sich nicht so vorzüglich und ausgezeichnet amüsiert wie am vergangenen Mitt-

woch, den 25. April d. J. auf dem Ball, der von unsern Sokols arrangiert worden war. Publikum war ziemlich zahlreich anwesend, und zwar bestand es hauptsächlich aus Jünglingen, doch auch die älteren Leute brauchte man nicht an den Fingern abzuzählen. Es ist der beste Beweis dafür, daß wir beginnen, die Sokol-idee zu verstehen, und daß wir sie mit allen Kräften unterstützen müssen.

„Einer für Alle, Alle für Einen“, das ist nicht nur eine leere Losung der Sokols, davon haben wir uns am vergangenen Mittwoch überzeugen können, denn der ganze Sokolverein Nr. 48 des polnischen Sokolbundes aus E. St. Louis eilte zur Unterstützung des hiesigen Sokolvereins vollzählig herbei. Beide Vereine führten derartige Übungen aus, daß das Publikum in Begeisterung versetzt wurde. Es sind zwar beide junge Vereine, also auch junge Kräfte, aber dennoch verstehen sie sehr wohl die Pflichten, die auf den Sokols ruhen. Der Takt und die Elastizität unserer Sokols ist in erster Linie ihren Leitern zuzuschreiben. Den Verein Nr. 45 des polnischen Sokolbundes in St. Louis leitete Kamerad Michael Banasiak und der Verein Nr. 48 des polnischen Sokolbundes aus East St. Louis stand unter dem Befehl des Kameraden Martin Musial. Beide Kameraden haben bewiesen, daß sie nicht nur fähige Leiter sind, sondern — daß sie auch, wenn es nötig sein wird, es verstehen werden, ihre Abteilungen auf die Barrikaden zu führen.

All Heil ihnen! All Heil unsern Sokols für ein solch' moralisches Vergnügen.

Aus Nr. 93 des Dziennik Narodowy (Chicago)

vom 1. Mai 1906:

Welcher Organisation muß ein Pole beitreten?

Mit der gestrigen Post erhielten wir einen Brief, der wörtlich folgendermaßen lautet:

Geehrte Redaktion des Dziennik Narodowy!

Ich möchte gern von wohlwollender Seite eine wahrheitsgemäße Information auf die Frage erhalten: „Was ist besser, der Polnische Nationalbund oder irgend eine andere polnische Organisation?“ Da ich die Absicht habe, einer derartigen Organisation beizutreten, aber die Statuten keiner der existierenden Organisationen in Händen habe, frage ich bei Ihnen an und ich bin der Überzeugung, daß Sie mir die Wahrheit antworten werden.

Hochachtungsvoll

J. K. in Chicago.

* * *

Unsere Antwort lautet wie folgt, und wir veröffentlichen sie aus dem Grunde, um die Aufmerksamkeit der Leser, die sich in ähnlicher Lage befinden wie der Bürger J. K., zu erwecken.

Die erste Gegenfrage auf die uns gestellte Frage ist folgende:

Willst du als Pole einer polnischen Organisation angehören oder einer fremden?

Wie deine Antwort ausfallen wird, wissen wir von vornherein, da aus deinem Briefe zu ersehen ist, daß du ein guter Pole bist. Wenn du es also in der Tat bist, dann wirst du keinen Augenblick zögern und wirst dir sagen:

Es ziemt einem Polen nicht, einer deutschen Organisation anzugehören, wie es die der „Forester“ ist.

Wenn im Polenschen ein Pole so dreist sein sollte, einem deutschen (szwabskiego) Verein beizutreten, wie es der der „Forester“ ist, dann würde

man ihn steinigen! Und ist denn der Deutsche auf dieser Erde jemals der Bruder des Polen gewesen?

Wir sind also der Meinung, daß wir Polen in Amerika um so mehr die nationale Politik betreiben müssen, und daß wir nicht Organisationen unterstützen dürfen, die unserer Sache feindlich gesinnt sind, die gegründet worden sind und geleitet werden von **ekelhaften Deutschen**, den Feinden unserer Nation.

Und daß man unsere Leute dadurch zu den „Forestern“ lockt, daß man ihnen die ewige Seligkeit verspricht und sogar den Namen Gottes in diese Sache hineinzieht, das ist gewöhnlicher amerikanischer Humbug, dem nur ein sehr ungebildeter Mensch Glauben schenken kann. Jene treiben mit der Religion Spott, die so dreist sind, zu behaupten, daß ein Katholik nur zu den „Forestern“ gehören darf.

* * *

Wenn du also auf die von uns gestellte Frage geantwortet hast: „Ich als Pole will nur einer polnischen Organisation angehören“, so ist jetzt an uns die Reihe, dir zu raten, geehrter Bürger, auf welche Organisation deine Wahl fallen soll.

In dieser Hinsicht muß man zwei Seiten dieser Sache im Auge behalten, die finanzielle und die nationale Seite. Die finanzielle Frage ist von großer Bedeutung, weil doch ein jeder Mensch sich aus dem Grunde versichert, um sicher zu sein, daß nach seinem Tode die Versicherungssumme bestimmt seiner Witwe und den Waisen ausgezahlt werden wird.

Wenn du ein ständiger Leser des Dziennik Narodowy bist, dann wirst du dich gewiß der Artikel erinnern, die unsere Zeitung im Februar und März d. J. gebracht hat, als wir die unerhörte Mißwirtschaft in den amerikanischen Lebensversicherungsanstalten besprachen.

Damals führten wir klar aus und bezeugen es auch heute aufs neue, daß die Führung der Geldgeschäfte durch den Polnischen Nationalbund eine tadellose ist. Auch der wütendste Feind erkennt es an, daß in dem Bunde ein jeder Zent so verwendet wird, wie es die Konstitution und der Landtag anordnen. Das ist das erste, sehr wichtige Argument, das dich dazu bewegen sollte, dem Nationalbunde anzugehören. Dort herrscht eine sparsame und ehrliche Geldwirtschaft, dagegen sind bei den Versicherungsgesellschaften und den „Forestern“ unerhörte Mißstände zutage getreten.

* * *

Und da wir den Landtag und die Konstitution erwähnt haben, so müssen wir konstatieren, daß in dem Bunde der Landtag die höchste Behörde ist und die Konstitution das höchste Gesetz. In dem Bunde ist es auch den höchsten Angestellten nicht gestattet, nach ihrem Gutdünken zu regieren. Dort muß jeder dem gehorchen, was der Landtag befiehlt und die Konstitution vorschreibt.

Es ist dies sehr gut, dabei aber auch sehr wichtig. Nur eine Organisation, in der die Gesamtheit regiert, kann etwas wert sein. Sehr verderblich ist es, wenn eine oder mehrere Personen die ganze Gewalt in Händen haben und der Rest ihnen wie die Hammel folgt. Denn in einem solchen Falle entschlüpft auch der Vorstand und die Kontrolle den Händen der Gesamtheit und gehört dann wenigen an.

Von allen polnischen Organisationen hat nur der Polnische Nationalbund solche Statuten, daß die Gesamtheit in ihm regieren kann und seine Würdenträger der Gesamtheit gehorchen müssen. Und das ist der zweite Grund, weshalb man dem Polnischen Nationalbunde angehören muß. Dort hat kein Mensch das Recht, dir etwas zu befehlen. Deine

Herrin ist einzig die Konstitution, dein Herr ist einzig der Landtag. Dort wird dir kein Mensch den Kopf damit verdrehen, daß der liebe Gott wünsche, du sollst so oder so stimmen. Ein jedes Mitglied des Polnischen Nationalbundes ist dem andern gleich, und gerade dies entspricht den Zielen einer Organisation, wie sie der Polnische Nationalbund ist.

* * *

Und wenn du dich als Pole fühlst und wenn du begehrt, auf nationalem Gebiete zu arbeiten, dann bietet sich dir nirgends ein besseres Arbeitsfeld und bessere Gelegenheit als gerade unter den Bundesbrüdern. Unter dem Bundesbanner haben sich gegen 50000 der besten Söhne des Vaterlandes gesammelt, die für Polen arbeiten wollen. Die Gründer des Bundes haben gesehen, daß den Polen die Entnationalisierung und die Vernichtung der nationalen Ideale drohte, wenn nicht eine Institution entstehen würde, die diese Ideale bewahren könnte. Aus diesem Grunde entstand der Bund und aus diesem Grunde wird er auch bestehen, solange noch Polen in Amerika leben werden. Der Zweck dieser Nation ist die nationale Arbeit und das Erhalten der Verbindung mit dem Vaterlande. Wenn der Bund nicht gewesen wäre, dann hätten die Bestrebungen verschiedener Personen, die danach strebten, die Polen zu entnationalisieren, drohendere Formen angenommen. Heute fürchten sie sich vor dem Bunde, da sie wohl wissen, daß diese 50000 Bundesmitglieder eine große Macht auf nationalem Gebiete darstellen. Sie mußten entweder schweigen, oder sie wagen es nur noch sehr schüchtern, sich zu melden. Wenn aber bekommen sie gleich etwas auf die Finger und sitzen dann still.

* * *

So stellt sich uns die Angelegenheit vor. Willst du Mitglied einer nationalen Organisation sein und willst du gleichzeitig in einer streng reell geleiteten Gesellschaft versichert sein, dann tritt in den Polnischen Nationalbund ein und arbeite in ihm mit deinen vielen nationalen gesinnten Kameraden. Das ist unsere Antwort auf deine Frage.

Möge es dich nicht abschrecken oder verwundern, daß manchmal unter der Menge der Bundesmitglieder Diskussionen oder Streitigkeiten entstehen. Das kommt in der ganzen Welt vor. Nur eine Viehherde geht so, wie es der Hirt haben will, weil sie sich vor der Peitsche fürchtet. Aber in einer Genossenschaft oder Organisation, die aus aufgeklärten Menschen besteht, die ihre bürgerlichen Rechte kennen, ist der Gedankenaustausch und die Kritik gestattet. Das Psotenlecken und das „Um den Bart gehen“ überlassen wir andern. Jedes Bundesmitglied ist ein vollberechtigter Bürger und ein eifriger Pole.

Tritt zu ihnen, wenn du auch ein solcher werden willst.

Aus Nr. 94 des „Dziennik Narodowy“ (Chicago)
vom 2. Mai 1906:

Das Programm der Feier der Konstitution vom 3. Mai,

die heute Abend in der Halle von Walsh infolge der Bemühungen der Delegierten der Bundesgruppen stattfindet, lautet folgendermaßen:

1. Eröffnung der Feier durch den Vorsitzenden der Delegierten, Herrn M. Moszczyński.
2. Lied des Gesangsvereins „Chopin“ unter der Direktion des Herrn G. Rybak.
3. Theatervorstellung „Der dritte Mai“.

4. Zwischen dem II. und III. Akt Rede des Herrn M. B. Stenczynski, des Vorsitzenden des Polnischen Nationalbundes.

Beginn der Feier 7³⁰ abends. Es wird eines der schönsten Feste dieser Art werden, und es müßte ein jeder von uns sich an ihm beteiligen.

Aus Nr. 95 des „Dziennik Narodowy“ (Chicago)
vom 3. Mai 1906:

Ein Brief aus Posen.

Wer sich nicht längere Zeit im preussischen Anteil aufgehalten hat und wer nicht persönlich unser Unglück geteilt hat, der kann sich sehr schwer einen richtigen Begriff von der Furchterlichkeit der preussischen Bedrückung machen. Die polnische Volksgesamtheit kennt wohl viele unserer Leiden und viel von dem uns angetanen Unrecht, kennt die Ansiedelungskommission, weiß, daß die polnische Sprache aus den Schulen und aus den Ämtern verdrängt worden ist, und sie hat auch die ähnlichen breit geschilderten Germanisierungsmittel kennen gelernt. Aber immer noch sind der Volksgesamtheit die einzelnen Quälereien und Schikanen wenig bekannt, die bei uns jede Person für sich erdulden muß und die manchmal empfindlicher und drückender sind als die großen Schläge. Dies ist besonders der Fall, seitdem das preussische System den wirtschaftlichen Boykott gegen die Polen verhängt hat, seitdem es sich zum Ziel gesteckt hat, sie völlig auszuhungern, und gerade diese kleinlichen Schikanen überschreiten manchmal das Maß des Erträglichen. Das bekannte preussische systematische Vorgehen kennzeichnet sich auch hier in seinem vollen Umfange, schlägt und verfolgt die Polen auf Schritt und Tritt, in jedem Gebiete des menschlichen Lebens, und dies nicht nur mit großen, sondern auch mit kleinen Mitteln. Zum besseren Verständnis dieses häßlichen, unveröhnlichen Kampfes führe ich euch eine Blütenlese von Tatsachen an, die in — einer Woche geschehen sind:

In diesen Tagen berief ein gewisser Berginspektor in Schlesien drei polnische Arbeiter aus einem der staatlichen Kohlenbergwerke zu sich und erklärte ihnen, daß sie, sofern sie nicht sofort aus dem bekannten polnischen Verein „Straz“ austreten würden, unverzüglich aus der Kohlengrube entlassen und so ihres Verdienstes beraubt werden würden. Da nun Arbeiter, die wegen einer solchen Übertretung aus der Arbeit entlassen worden sind, bei anderen Kohlengruben und Industrieunternehmen nur schwer Arbeit finden, da diese Armen außerdem eine zahlreiche Familie hatten, so waren sie gezwungen, sich dem harten Zwange zu fügen und ein Schriftstück zu unterzeichnen, in welchem sie ihren Austritt aus dem Verein Straz anzeigen. Das gleiche Los droht auch vielen anderen Arbeitern.

Die Polizei nämlich, nicht nur in Schlesien, sondern auch im Großherzogtum, sucht aus den alphabetischen Mitgliederverzeichnissen des Vereins Straz, die nach den bestehenden Vorschriften ihr eingereicht werden müssen, alle Personen heraus, die auf irgend eine Weise von den Behörden oder deutschen Privatleuten abhängig sind, und dann bemüht sie sich sofort, sie unter der Drohung, daß sie ihr Brot verlieren würden, zu zwingen, sich jeglicher Teilnahme an der nationalen Arbeit zu enthalten. In vielen Fällen warten die eifrigeren deutschen Arbeitgeber garnicht auf eine solche Anregung der Polizei, sondern rächen sich auf eigene Faust an ihren polnischen Arbeitern und Funktionären für diese sogenannte „großpolnische Agitation.“ Ein solches Los traf den Vogt der Herr-

schaft Markowicz bei Kruschwitz, Eigentum der Familie Müllendorff, einen gewissen Burzynski, dafür, daß er in einer Versammlung des Vereins Straz eine Ansprache gehalten hatte; er wurde sofort aus dem Dienste entlassen und zwar ohne Kündigung.

Dieser Terror dehnt sich auch auf die Deutschen aus, die auf irgend eine Weise mit den Polen in Berührung kommen oder die ihnen direkt bei dem nationalen Kampfe helfen. Ein Beispiel für einen derartigen Fall ist die Affäre des Hotelbesizers Koschnicki in Gnesen. Dieser Deutschkatholik ist der Besitzer des größten Saales mit einer Theaterbühne in Gnesen. Von jeher fanden in diesem Saale polnische Versammlungen, Konzerte und Liebhabervorstellungen statt. Da benachrichtigte vor einem Jahr der Kommandeur der Gnesener Garnison den Koschnicki, daß er dem Militär verbieten würde, in seinem Restaurant und Hotel zu verkehren, falls er noch fernerhin seinen Saal polnischen Vereinen zur Verfügung stellen würde. Und dieses Verbot wurde in der Tat erlassen. Der Saalbesitzer sträubte sich lange Zeit, mußte sich aber schließlich angesichts des ihm drohenden Ruins dem Willen des militärischen Statrapen unterwerfen. Die Gnesener Garnison ist sehr zahlreich und Koschnicki war von jeher hauptsächlich auf militärische Kundschaft angewiesen. Heute ist es ihr wieder erlaubt, sich bei ihm aufzuhalten, dafür aber haben die polnischen Vereine und Komitees den günstigsten Saal für Versammlungen und Feiern eingebüßt.

Auf gleiche Art quält die Polizei besonders unsere Sokolvereine. Wehe dem Restaurateur, der ihnen seine Räumlichkeiten zur Verfügung stellt, ganz gleich ob zu Übungszwecken oder zu Versammlungen. Er befindet sich sofort unter polizeilicher Aufsicht, deren einziger Zweck ist, ihm den Schankkonsens zu entziehen. Ein solcher Fall passierte neuerdings in Lissa im Posenschen. Auf die Art können sich unsere Sokolvereine nur in den Städten und Städtchen entwickeln, wo Hotels und Restaurationen mit Sälen existieren, die in Händen polnischer Besitzer sind, die unabhängig von der deutschen Kundschaft dastehen. Ich höre schon die Frage: „Weshalb bauen denn die Polen nicht selbst Säle zu öffentlichen Zwecken?“ Der gute Wille hierzu fehlt ja nicht und in vielen Städten ist dies ja auch schon geschehen. Aber dieser Akt der Selbsthilfe stößt auf ungeheure Schwierigkeiten seitens der Behörden, die bei solchen Bauten manchmal auf Grund der baupolizeilichen Vorschriften direkt unmögliche Forderungen stellen.

Solcher Beispiele einer systematischen kleinlichen Verfolgung des polnischen Elements könnte ich in einer einzigen Woche viele aufzählen. Man kann sich leicht vorstellen, wie sie auf unser ganzes nationales Leben einwirken, welch eine Entrüstung sie in weiten Kreisen hervorrufen.

Was die Sokols anbetrifft, so muß ich bemerken, daß die Behörden und der Haktismus sie auch fernerhin mit einem geradezu wütenden Haß umfassen. Den deutschen Zeitungen ist es fast erlaubt, sie mit Beleidigungen und Verleumdungen zu überschütten. Erst unlängst war in dem hiesigen haktistischen „Tageblatt“ eine Korrespondenz aus dem Städtchen Dornik veröffentlicht, in der berichtet wurde, daß die Mitglieder des dortigen Sokolvereins nach einer Versammlung in betrunkenem Zustande auf der Straße Ausschreitungen begangen hätten. Vor Gericht, bei welchem der dortige Sokol die Klage eingereicht hatte, zeigte es sich klar, daß die ganze Nachricht von Anfang bis zu Ende gemeine Verleumdung war. Trotzdem verurteilte das Gericht den Redakteur des „Tageblatts“ nur zu zehn Mark Geldstrafe. Wenn der Redakteur einer polnischen

Zeitung auf ähnliche Weise die Mitglieder irgend eines deutschen Vereins angegriffen hätte, dann wäre er mindestens zu einem halben Jahre Gefängnis verurteilt worden.

So offenbart sich das preußische System in Kleinigkeiten in der täglichen Praxis. Zum Schluß ist noch ein antipolnischer Gedanke in den Kreisen des Hafatismus geboren worden. In Königsberg in Ostpreußen hielt der General Siebert in einer Hafatistenversammlung eine Rede, in der er mit folgendem Vorschlage hervortrat:

„Jedes polnische Kind, das bis zum sechsten Lebensjahre nicht Deutsch gelernt hat, muß von der deutschen Schule ausgeschlossen werden, und jeder Rekrut,

der bis zum zwanzigsten Lebensjahre nicht im Stande war, Deutsch zu lernen, muß von dem Dienste im deutschen Heere ausgeschlossen werden.“

Die polnischen Kinder und Rekruten werden gewiß überaus schmerzlich das harte Muß ertragen, das in der Ausschließung von der preußischen Schule und Armee für sie liegt.

Leider ist augenblicklich keine Aussicht vorhanden, daß wir eine solche Stellung erleben werden. Die preußische Regierung wird nicht der Abgabe von Blut seitens der polnischen Bevölkerung entsagen, sondern sie wird sie auch fernerhin entgegennehmen, wird aber trotzdem die Polen weiter bedrücken.